

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Ettlinger Zeitung. 1949-1973 1952**

73 (26.3.1952)

# ETTLINGER ZEITUNG

Anzeigenpreis: Die 6-spaltige Millimeterzeile 15 Pf. — (Preisliste Nr. 3.) (Tel. aufgeb. Inserate ohne Gewähr.) Abbestellungen können nur bis 23. auf den Monatsersten angenommen werden.

Badischer Landsmann  
gegründet 1896



Süddeutsche Heimatzeitung  
für den Albgau

Erscheinungsweise: Tägl. mittags außer sonntags. — Durch die Post 2.50 DM, zusätzlich 54 Pf. Zustellgeld. — Einzelnummer 15 Pf., samstags 20 Pf. — Frei Haus 2.50, im Verlag abgeholt 2.50 DM

4./53. Jahrgang

Mittwoch, den 26. März 1952

Nr. 73

## Verfassungsgebende Versammlung konstituiert

Eine historische Sitzung - Dr. Neinhaus Präsident - Gehring und Schaefer Vizepräsidenten

Stuttgart (ZSH). Im festlich geschmückten Stuttgarter Landtagsgebäude trat am Dienstag die Verfassungsgebende Landesversammlung des neuen südwestdeutschen Bundeslandes zu ihrer konstituierenden Sitzung zusammen. Damit ist eine entscheidende Etappe auf dem Weg zum Aufbau des neuen Bundeslandes, dessen Bildung das Volk am 9. Dezember 1951 selbst bestimmt hat, zurückgelegt worden. Die Verfassungsgebende Versammlung wird am 2. April ihre erste Arbeitssitzung abhalten.

Der 74 Jahre alte Freudenstädter Hotelier Wilhelm Bäßler (CDU), der als Alterspräsident die Sitzung eröffnete, konnte den südwestdeutschen Staatspräsidenten Wobler, den württemberg-badischen Landtagspräsidenten Kell, den Landtagspräsidenten von Württemberg-Hohenzollern, Gengler, den Vizepräsidenten des badischen Landtags, Matzloff, Landesbischof Haug und Prälat Sedlmayer unter den Gästen begrüßen. Der württemberg-badische Ministerpräsident Dr. Maier und der Staatspräsident von Württemberg-Hohenzollern, Dr. Gebhard Müller, hatten unter den Abgeordneten Platz genommen.

In seiner Ansprache hob Alterspräsident Bäßler hervor, daß die Versammlung die wichtige Aufgabe hat, zum ersten Mal nach dem Kriege ohne Mitwirkung und Einspruch der Besatzungsmächte eine Verfassung auszuarbeiten. Im Südwesten müsse ein sparsam aufgebautes und verwaltetes Land, ein nützliches Glied im Verband der Bundesrepublik, entstehen. Unter dem Beifall der Abgeordneten sprach Bäßler die Hoffnung aus, daß die Brüder in der Ostzone bald in Freiheit und Recht mit der Bevölkerung der Bundesrepublik vereinigt werden. Die Meisterung dieser wichtigen Aufgabe verlange ein starkes, wirtschaftlich kräftiges und krisenfestes Land im Südwesten. Der Alterspräsident schloß mit der „demütigen Bitte, daß Gott Kraft und Frieden geben möge, damit die Landesversammlung ihre Aufgabe erfüllen kann“. Der württemberg-badische Landtagspräsident Kell wies auf die historische Bedeutung des Tages hin und wünschte der Versammlung eine segensreiche Erfüllung ihrer großen Aufgabe.

Auf Vorschlag der CDU-Fraktion wählte die mit 121 Abgeordneten vollzählige anwesende Versammlung Dr. Karl Neinhaus, der von 1929 bis 1945 Oberbürgermeister von Heidelberg war, zu ihrem Präsidenten. Dr. Neinhaus erhielt 82 Stimmen, 8 entfielen auf den Karlsruher CDU-Abgeordneten Kühn, je eine Stimme erhielten die CDU-Abgeordneten Bläsi, Bäßler, Stool, Sippfendorfer und Wiedemaier, 23 Stimmzettel waren unbeschrieben, 4 ungültig.

Gelassen schritt der 64 Jahre alte, in Rheinhessen (Ruhrgbiet) geborene Dr. Neinhaus im Kreuzfeuer der Pressefotografen dem Präsidentenstuhl zu. Der neue Präsident versicherte, daß er sich mit aller Kraft darum bemühen werde, sein hohes Amt im Geiste unbedingter Sachlichkeit, Gerechtigkeit und der uns allen so teuren Freiheit und Toleranz zu führen. Die Versammlung habe die Pflicht, die Fundamente zu legen, die das neue Haus fest und sicher tragen sollen, bemerkte Dr. Neinhaus. Als Grundsätze der Verfassung forderte er: Einfachheit und Sparsamkeit, Übersichtlichkeit und Lenkbarkeit des Staatswillens. Die neue Verfassung müsse Beispiel und Vorbild für das gesamte Bundesgebiet und darüber hinaus für das gesamte Deutschland sein. „Möge Gottes Segen auf dem Hause ruhen als helles und reines Feuer, das weit hin leuchtet und wärmt!“ schloß der Präsident seine erste Ansprache.

Zum ersten Vizepräsidenten wurde mit 92 Stimmen der SPD-Abgeordnete Rudolf Gehring (Ministerialrat aus Stuttgart-Feuerbach), zum zweiten Vizepräsidenten der DVP-Abgeordnete Dr. Carl Schaefer (Fabrikant aus Ludwigsburg) mit 93 Stimmen gewählt.

Staatspräsident Leo Wobler, der während des Wahlkampfes zur Volksabstimmung am 9. Dezember erklärt hatte, daß er nie nach Stuttgart gehen werde, saß lächelnd als Ehrengast neben dem Stuttgarter Landtagspräsidenten Wilhelm Kell. Er war das beliebteste Objekt der Fotografen, die sich besonders um sein Konterfei bemühten, als er auf seinen alten Südweststaat-Rivalen, den württemberg-badischen Ministerpräsidenten Dr. Reinhold Maier zuschritt, um ihn zu begrüßen und eine von beiderseitigem Lächeln begleitete zweiminütige Unterhaltung mit ihm zu führen. Wie zu erfahren war, hat bei der Wahl des ersten Vizepräsidenten ein Abgeordneter den Namen des badischen Staatspräsidenten auf seinen Zettel geschrieben. Die Stimme mußte aber als ungültig erklärt werden, weil Wobler nicht der Verfassungsgebenden Versammlung angehört.

Als wehevoller Auftakt hatten vor Beginn der Sitzung in zwei Stuttgarter Kirchen Gottesdienste stattgefunden. Die Geistlichen, Landesbischof D. Martin Haug und Domkapitular Sedlmayer, wiesen die Versammelten auf ihre verantwortungsvollen Aufgaben hin.

### Keine KPD-Fraktion

Da die KPD in der Verfassungsgebenden Landesversammlung nicht die erforderliche Fraktionsstärke von fünf Abgeordneten be-

sitzt, können die vier kommunistischen Abgeordneten nur eine „Gruppe“ bilden. „Gruppen“ sind nach der Geschäftsordnung des württemberg-badischen Landtags, die vorläufig als Grundlage für die Beratungen der Landesversammlung dient, weder im Vorstand noch im Ältestenrat und in den Ausschüssen vertreten. Da Anträge, die einen Gesetzesentwurf enthalten, sowie Mißtrauensanträge von wenigstens fünf Mitgliedern unterzeichnet sein müssen, ist es den Kommunisten allein nicht möglich, derartige Anträge einzubringen. Sie können auch keine großen Anfragen stellen.

### Gebhard Müller erster Kandidat

Bauftragte der CDU, der SPD und der DVP/FDP besprachen nach der Sitzung zum ersten Mal gemeinsam die Bildung einer Regierungskoalition für das neue südwestdeutsche Bundesland. Wie bekannt wurde, hat die SPD nunmehr den Führungsanspruch der CDU in dem neuen Landeskabinett anerkannt. Als Kandidat für den Posten des Regierungschefs wird der jetzige Staatspräsident von Württemberg-Hohenzollern, Dr. Gebhard Müller, genannt. Von CDU-Seite wird darauf hingewiesen, daß sich die DVP/FDP mit dieser Lösung zufriedengeben müsse, wenn sie Wert darauf legt, in das neue Kabinett aufgenommen zu werden, da notfalls die Fraktionsstärke der SPD und der CDU auch allein die

Bildung einer arbeitsfähigen Regierung gestatten würde. Die DVP/FDP hatte bisher darauf bestanden, daß als neuer Ministerpräsident der bisherige Regierungschef Württemberg-Badens, Dr. Reinhold Maier, wiedergewählt wird.

Der Landesvorsitzende der CDU Nordwürttembergs, wies darauf hin, daß es innerhalb der südwestdeutschen CDU keine Differenzen mehr gebe. Die CDU werde mit ihren Forderungen geschlossen auftreten. Staatspräsident Wobler sei bei der konstituierenden Sitzung der CDU-Fraktion anwesend gewesen und habe dabei „äußerst vernünftig“ gesprochen.

### Für Baden-Württemberg

Die CDU-Fraktion der Verfassungsgebenden Landesversammlung billigte den Entwurf eines Überleitungsgesetzes für die Vereinigung der drei südwestdeutschen Länder zu einem neuen Bundesland. Auch die CDU schlägt, wie schon die SPD und DVP/FDP, für das neue Bundesland den Namen „Baden-Württemberg“ vor. Die CDU empfiehlt ferner in ihrem Entwurf, das neue Land zunächst in die vier Landesbezirke Nordbaden, Südbaden, Nordwürttemberg und Südwestwürttemberg zu gliedern. Für jeden der vier Landesbezirke soll die vorläufige Regierung einen Bezirkspräsidenten bestellen. Als Sitze der Bezirkspräsidenten werden die Städte Stuttgart oder Ludwigsburg, Karlsruhe, Freiburg und Tübingen vorgeschlagen.

## Außenpolitische Debatte im Bundestag?

SPD verlangt Saar-Bericht - Adenauer informierte das Kabinett

Bonn (UP). Dr. Adenauer erstattete dem Bundeskabinett ausführlich Bericht über seine Verhandlungen in Paris über die Saarfrage und die Antwort des Westens auf die sowjetische Deutschlandnote.

Das Bundeskabinett muß — nach den in Paris mit Außenminister Schuman getroffenen Vereinbarungen — ebenso wie das französische Kabinett die Übereinkunft über die Saarfrage billigen, die weitere Schritte verfolgen können. Die Beratungen des Bundeskabinetts hierüber werden fortgesetzt. Eine abschließende Stellungnahme ist daher noch nicht erfolgt.

Der Bundeskanzler machte die Bundesminister auf die aufgezeigten Möglichkeiten einer befriedigenden Lösung des Saarproblems aufmerksam und verwahrte sich gegen die Unterstellung, er habe durch die Pariser Besprechungen die Saarregierung anerkannt. Dr. Adenauer versicherte dem Kabinett, daß durch die Vereinbarungen mit Schuman ein guter Anfang gemacht worden sei, vor allem, da die Entscheidung nur beim Saarlandtag liege.

Der Kanzler versicherte schließlich dem Bundeskabinett, daß die Westmächte mit ihm darin einig seien, die Verhandlungen über die Ablösung des Besatzungsstatus und die Bildung einer europäischen Verteidigungsgemeinschaft unbeschadet der Sowjetnote fortzuführen.

Die Bundesregierung soll dem Bundestag unverzüglich über die Pariser Saarverhandlungen Auskunft geben, fordert die SPD-Fraktion in einem dem Parlament zugeleiteten Antrag. Der Bundestag hat für Donnerstag die Behandlung eines Berichts über einen Beschluß des Auswärtigen Ausschusses vorgesehen, der sich gegen die Verküpfung des Generalvertrags mit dem Verteidigungsbeitrag ausspricht. In sozialdemokratischen Kreisen wird es nicht für ausgeschlossen gehalten, daß sich daraus eine große außenpolitische Debatte entwickeln wird.

### Interessanter englischer Kommentar

Die Londoner „Times“ meinte zu der Pariser Saarvereinbarung: „Die Regelung, die Schuman und Adenauer trafen, ist nicht mehr als eine Einigung hinsichtlich des Verfahrens. Sie bezweckt, den umstrittenen Gegenstand aus der öffentlichen Kontroverse in versöhnliche Beratungen überzuführen, und wenn es dabei zu freundschaftlichen und konstruktiven Verhandlungen kommen sollte, dann wird sich diese Regelung als sehr nützlicher Schritt erweisen.“

Die Behauptung, daß der Pariser Kompromiß die deutsche Anerkennung des Saarlandes und seines Chefs, Herrn Hoffmanns, in sich berge, wurde begreiflicherweise zuerst von Herrn Hoffmann selbst aufgestellt. Leiser aber griff das Bulletin der französischen Hochkommission in Deutschland diese Behauptung auf und schrieb sie außerdem noch Herrn Grandval zu. Nichts hätte besser geeignet sein können, um in Deutschland eine Agitation gegen Dr. Adenauers absolut vernünftigen Entschluß, zu verhandeln, zu entfachen.“

Noch läßt sich nicht abschätzen, ob eine Regelung gefunden werden kann, die sowohl die Franzosen als auch die Deutschen Interessen befriedigt. Eine politische Trennung von Deutschland braucht nicht unter allen Umständen die Unterdrückung jeglicher prodeutschen politischen Aktivität zu bedeuten.

Der wirtschaftliche Anschluß an Frankreich braucht nicht exklusiv zu sein.

Der Gedanke, aus der Saar ein „europäisches Territorium“ zu machen, erscheint als ein wenig phantastisch. Er könnte aber den beiden interessierten Staaten eine Möglichkeit bieten, ihre Meinungsverschiedenheiten über den Souveränitätsstatus des Saarlandes vorläufig beiseite zu tun. Falls ihnen dies gelingt, dann könnte sich ein Sonderregime an der Saar solange — und nur solange — als arbeitsfähig erweisen, wie die französisch-deutschen Beziehungen auf anderen Gebieten gut sind.“

### Kompromißbedeutung in Paris

Die einflußreiche Pariser Zeitung „Le Monde“ schreibt: „Die Deutschen berufen sich auf die demokratischen Freiheiten und fordern die Zulassung neuer Parteien im Saargebiet, die natürlich deutschfreundlich sein werden. Aber das neue Parteilengesetz, das kürzlich im Saargebiet angenommen wurde, ermöglicht die Ablehnung jeder Partei, die das gegenwärtige Saarstatut nicht anerkennt — das heißt, die politische Abtrennung von Deutschland und die wirtschaftliche Bindung Frankreichs. Es erhebt sich daher die Frage: Werden die Herbstwahlen sich auf der Grundlage einer von den Deutschen gebilligten Wahlordnung abspielen? Wenn sie die Wahlordnung nicht anerkennen und die Wahlen trotzdem stattfinden, werden sie die Beschlüsse des neuen Landtags nicht anerkennen, der nach den Worten Schumans über die Zukunft des Saargebietes entscheidet und es einem internationalen Abkommen unterwerfen soll, auch wenn es noch keinen Friedensvertrag gibt. Dieses Abkommen setzt also die Unterschrift Deutschlands voraus. Wird man daher nicht doch gezwungen sein, in jedem Fall einen Kompromiß mit Deutschland zu schließen?“

### Neue Einkommensteuer-Richtlinien

Regelung der Freibeträge und Sonderausgaben — Beschlüsse des Bundeskabinetts

Bonn (UP). Das Bundeskabinett billigte den vom Finanzminister vorgelegten Entwurf der Einkommensteuer-Richtlinien für 1951. Die neuen Richtlinien, denen der Bundesrat noch zustimmen muß, bringen gegenüber 1950 unter anderem folgende Änderungen:

Bezieht ein Steuerpflichtiger mehrere Renten, dann wird ihm der steuerliche Freibetrag von 600 DM nur einmal gewährt. Wird zum Beispiel die Ehefrau mit dem Steuerpflichtigen zusammen veranlagt und bezieht sie auch mehrere Renten, steht ihr der steuerliche Freibetrag von 600 DM ebenfalls zu. Der Freibetrag entfällt bei Rentenbezügen in Höhe von insgesamt 2600 DM im Jahr.

Die Aufwendungen für die Bewirtung von Geschäftsfreunden außerhalb des Hauses des Steuerpflichtigen und Aufwendungen für die Unterhaltung eines Geschäftsfreundes können in angemessener Höhe als Betriebsausgabe anerkannt werden. Bestimmte Berufsgruppen (wie Rechtsanwälte, Notare, Ärzte) können derartige Aufwendungen jedoch nicht anrechnen. Die Buchungsvorschriften und der Belagzwang der Speiseverordnung vom 25. Oktober 1951, brauchen bis zum 30. November 1951 nicht vollständig berücksichtigt werden. Nach den neuen Richtlinien können ferner auch größere und teurere Kraftwagen als Betriebsausgaben unter der Voraussetzung anerkannt werden, daß der neue Wagen mit

Rücksicht auf den Betrieb oder Beruf angeschafft worden ist.

Schuldzinsen, Renten und dauernde Lasten, bezahlte Kirchensteuern und bezahlte Vermögenssteuern sind in voller Höhe als Sonderausgaben abzugsfähig. Für die sonstigen Sonderausgaben gelten die bisherigen Pauschalsätze. Ein Verlust aus Land- und Forstwirtschaft, aus einem Gewerbebetrieb oder aus selbständiger Arbeit kann 1951 nur insoweit berücksichtigt werden, als ein vorher (seit der Währungsreform) entstandener Verlust nicht ausgeglichen oder abgezogen werden konnte.

### Nur 65 Prozent waren Pg's

Hallein verteidigt das Auswärtige Amt

Bonn (UP). Nicht 85 Prozent, wie behauptet wurde, sondern lediglich 65 Prozent der leitenden Beamten des Auswärtigen Amtes (Ministerialdirektoren, Ministerialdirigenten und Referatsleiter) seien Parteigenossen gewesen, erklärte Staatssekretär Hallein vor der Presse in Bonn. Von den 75 Beamten in diesen Stellungen seien 46 oder 61,3 Prozent Angehörige des alten Auswärtigen Amtes und 49 gleich 65,3 Prozent Pg's gewesen.

Mit Nachdruck wandte sich Hallein gegen eine Verallgemeinerung der Vorwürfe gegen das Auswärtige Amt, sowie gegen eine Gleichsetzung von allen ehemaligen Pg's mit Nazis. Wenn es sich bei diesen 65 Prozent um Nazis handelte, wäre das Ergebnis ungeheuerlich, sagte Hallein. Denn jenen, der durch Mitwirkung an diesem Regime belastet sei, dürfe nicht im öffentlichen Dienst und schon gar nicht im Auswärtigen Amt beschäftigt sein. Es sei aber „ein Stück deutscher Geschichte, daß viele Deutsche Mitglieder der Partei waren, und es scheint mir keine mögliche Forderung zu sein, daß im Auswärtigen Amt kein ehemaliges Parteimitglied sein dürfte.“

Hallein betonte, daß der Bundeskanzler und er nach Abschluß der Untersuchungen des Bundestagsausschusses auch die etwa notwendigen Konsequenzen ziehen würden.

### Unkenntnis kann vor Strafe schützen

Wichtige Entscheidung des Bundesgerichtshofes

Karlsruhe (UP). Der Große Senat für Strafsachen beim Bundesgerichtshof hat entschieden, daß Unkenntnis der Rechtswidrigkeit nun doch zur Straffreiheit führen kann, wenn der Betreffende „trotz gebührender Gewissensprüfung“ nicht das Bewußtsein hat, mit der Tat Unrecht zu tun. Diese wichtige Entscheidung des Bundesgerichtshofes gibt eine in Juristenkreisen seit langem mißbilligte Entscheidung des alten Reichsgerichts auf, dessen Rechtsprechung allen Gerichten als Richtschnur diene. Das Bundesgericht hat nun das Unrechtsbewußtsein als ein selbständiges Schuldmerkmal anerkannt und entschieden, der Täter sei nur strafbar, wenn er das Bewußtsein hatte oder „bei gebührender Gewissensprüfung“ haben konnte, mit der Tat Unrecht zu tun.

### „Eine Milliarde ist das wenigste“

Israel bei Wiedergutmachung unanfällig

Den Haag (UP). Ein jüdischer Delegierter bei den gegenwärtigen deutsch-israelischen Wiedergutmachungsverhandlungen wandte sich gegen die Feststellung des deutschen Delegierten Prof. Böhm, daß die westdeutschen Zahlungsmöglichkeiten begrenzt seien. „Die von Westdeutschland geltend gemachten Zahlungsschwierigkeiten könnten durch Einsparungen leicht überwunden werden. Es ist die Aufgabe Westdeutschlands, das Geld aufzubringen. Unsere Forderungen sind das wenigste, was wir von Westdeutschland erwarten können“, sagte der Delegierte wörtlich. Von Seiten der israelischen Regierung wird eine Wiedergutmachung in Höhe von einer Milliarde Dollar gefordert. Die jüdischen Weltorganisationen haben Ansprüche in Höhe von 500 Millionen Dollar angemeldet.

In Tel Aviv begann gleichzeitig die Kampagne der rechtsextremen Herut-Partei gegen die deutsch-israelischen Wiedergutmachungsverhandlungen. Alle öffentlichen Gebäude waren von Polizeistreifen und -posten umstellt.

### Pinays Haushaltplan ausgeglichen

Wachsende Chancen im Parlament

Paris (UP). Der französische Ministerpräsident Pinay hat dem Finanzausschuß den neuen ausgeglichenen Haushaltplan für das Jahr 1952 vorgelegt. Man rechnet damit, daß die Nationalversammlung sich frühestens Ende der Woche mit dem Budget beschäftigen kann. Der vom Kabinett Pinay nach langen Verhandlungen ausgeglichene Haushaltplan sieht keine neuen Steuern, sondern eine Reihe von einschneidenden Einsparungen an den Staatsausgaben vor. Das Kabinett befürwortete eine allgemeine Amnestie für Steuerhinterziehungen, während künftige Steuerhinterziehungen unter schwerste Strafen gestellt werden sollen.

Man nimmt in Paris an, daß Pinay aus der bevorstehenden Debatte über den Haushaltplan siegreich hervorgehen wird, da keine Anzeichen dafür vorliegen, daß eine Partei beabsichtigt, das jetzige Kabinett zu stürzen, dessen Maßnahmen anscheinend großen Anklang gefunden haben.

**Agrar-Konferenz in Paris eröffnet  
Frankreichs Vorschläge für eine Landwirtschaftsunion**

Paris (UP). Regierungsvertreter von 14 europäischen Staaten, darunter der Bundesrepublik, begannen am Dienstag nachmittag im Uhrensaal des französischen Außenministeriums mit den Vorbesprechungen über die Schaffung einer europäischen Agrar-Union. Außenminister Schuman eröffnete die Konferenz, deren Ziel es sein wird, die Grundlagen für eine Vollkonferenz herauszuarbeiten, die im Mai oder Juni dieses Jahres in Paris oder Straßburg stattfinden soll.

Zu den grundlegenden Punkten einer europäischen Agrar-Union, die im September 1950 von dem damaligen französischen Landwirtschaftsminister Pierre Pflimlin angeregt wurde, gehören: 1. Beseitigung der Zollgrenzen, um eine Erweiterung des Austausches landwirtschaftlicher Erzeugnisse innerhalb Europas und zwischen Europa und der übrigen Welt zu ermöglichen. 2. Erhöhung der Leistungsfähigkeit der europäischen Landwirtschaft durch Schaffung entsprechender gemeinsamer Institutionen. 3. Beseitigung des diskriminierenden Wettbewerbes und Hebung des europäischen Lebensstandards. 4. Erhöhung der westeuropäischen Erträge. Frankreich hat zunächst die Schaffung eines zollfreien Marktes für folgende Produkte vorgeschlagen: Weizen, Zucker, Wein und Molkerei-Erzeugnisse.

Auf der Vorkonferenz sind vertreten: die Bundesrepublik (Delegationsleiter Staatssekretär Sonnemann vom Bundesernährungsministerium), Belgien, Dänemark, Frankreich, Großbritannien, Holland, Irland, Italien, Luxemburg, Norwegen, Österreich, Portugal, Schweden, Schweiz und die Türkei.

Großbritannien könne den französischen Plan für die Bildung einer europäischen Landwirtschaftsunion nicht unterstützen, erklärte Anthony Nutting, Staatssekretär im britischen Außenministerium. Nutting, der als Vertreter Großbritanniens an den Vorbesprechungen in Paris teilnimmt, fügte jedoch hinzu, daß Großbritannien in dem gleichen Umfange zu einer Zusammenarbeit bereit sei, wie es an der Montanunion und der europäischen Verteidigungsgemeinschaft mitarbeiten werde.

Demgegenüber unterstützten der österreichische Landwirtschaftsminister Thoma und der türkische Delegierte die französischen Pläne. Der holländische Delegierte Nansholt sprach die Ansicht aus, daß sich Frankreichs Unionsplan „nachteilig“ auswirken könne. Er schlug daher eine Überprüfung der technischen Möglichkeiten vor, mit denen eine vorläufige Integrierung der europäischen landwirtschaftlichen Märkte erreicht werden könnte.

**Paris will Tunis-Regierung stürzen  
Rücktritt Cheniks verlangt — Gegenforderungen des Bey**

Tunis (UP). Graf Jean de Hauteclocque, der französische Generalresident in Tunesien, forderte im Auftrage seiner Regierung den Rücktritt des tunesischen Ministerpräsidenten Chenik.

Der Generalresident traf mit Sidi Mohammed al Amin Pascha, dem Bey von Tunis, zusammen und unterbreitete ihm die neuen Vorschläge und Forderungen Frankreichs. Nach zuverlässigen Informationen brachte de Hauteclocque dabei zum Ausdruck, daß die Entfernung Cheniks die Voraussetzung für Verhandlungen über die Forderungen Tunesiens nach Unabhängigkeit seien.

Angeblich soll sich Frankreich bereit erklärt haben, Tunesien größere Freiheiten zu gewähren, falls der Bey seinen nationalistischen Ministerpräsidenten absetzt und Tunesiens Beschwerde über Frankreich zurückzieht, die den UN unterbreitet werden sollte. Ferner will Frankreich dem Bey vorschlagen, eine gemischte französisch-tunesische Kommission zu ernennen, welche die Statuten einer tunesischen Nationalversammlung mit beschränkter Vollmacht ausarbeiten soll.

Tunesische politische Kreise sind der Ansicht, daß der Bey diese Vorschläge zurückweisen und seinerseits die Franzosen auffordern wird, den Ausnahmezustand in Tunesien aufzuheben und den Leiter der Unabhängigkeitspartei, Habib Bourguiba, aus seinem Hausarrest in Tabarka zu entlassen. Eine Stellungnahme zur Forderung, Chenik zu entlassen, lehnte der Bey zunächst ab.

**20 000 demonstrierten in Italien**

„Gewisser Fortschritt“ durch Verhandlungen?

Rom (UP). Das Ausmaß der Demonstrationen in Rom und Neapel am Dienstag übertraf das der Protestkundgebungen vom Vorgelagerte beträchtlich. Schätzungsweise 20 000 Studenten forderten in beiden Städten die sofortige Rückgabe Triests an Italien und mußten schließlich von der Polizei mit Gummiknüppeln, Tränengas und Wasserwerfern auseinandergetrieben werden. Im Laufe von Handgemengen mit der Polizei wurden mehr als 200 Jugendliche festgenommen und etwa 50 Personen, darunter fünf Polizisten, verletzt. In Rom kam es zu richtigen Straßenschlachten, in denen sich die Studenten mit Steinen, Kohlköpfen und Apfelsinen, die sie den Straßenverkäufern entrisen, gegen die Polizei zur Wehr setzten. Autos und Wände wurden mit den Worten „Nieder mit Eden“, „Nieder mit Churchill und den Alliierten“ beschriftet. Besonders amerikanische und britische Wagen wurden Opfer dieser Beschriftungen. In Triest selbst blieb es ruhig.

Bei der zweiten Aussprache Außenminister Edens mit dem italienischen Botschafter in Großbritannien Manlio Brosio über die Lage in Triest ist nach einer Verlautbarung des britischen Außenministeriums „ein gewisser Fortschritt gemacht worden“. Dieser zweite Zusammenkunft wird in nächster Zeit eine dritte folgen. Das britische Außenministerium wird vorerst noch keine Besprechungen mit den USA über die Triester Frage aufnehmen, sondern erst die weitere Entwicklung abwarten.

**Zuerst Wahlen - dann Friedenskonferenz**

Die Bedingungen und Fragen des Westens - Antwortnoten in Moskau überreicht

London (UP). Die drei Westmächte haben die letzte sowjetische Deutschlandnote mit dem Hinweis beantwortet, daß vor einer deutschen Friedenskonferenz die Voraussetzungen für die Abhaltung freier gesamtdeutscher Wahlen geschaffen werden müßten.

Die diplomatischen Vertreter der USA, Großbritanniens und Frankreichs wurden am Dienstag nachmittag getrennt vom sowjetischen Außenminister Wjatschinski empfangen, um ihm die Noten ihrer Regierungen zu überreichen, die inhaltlich miteinander übereinstimmen. In den Noten wird zum Ausdruck gebracht:

1. Es sei stets das Bestreben der Westmächte gewesen, einen Friedensvertrag abzuschließen, der die Teilung Deutschlands beendet. Die Sowjetunion gebe selbst zu, daß ein derartiger Vertrag nur mit einem vom Vertrauen der Mehrheit des deutschen Volkes getragenen gesamtdeutschen Regierung abgeschlossen werden kann. Eine derartige Regierung müsse auf der Grundlage gesamtdeutscher freier Wahlen gebildet werden. Derartige Wahlen könnten nur unter Voraussetzungen abgehalten werden, die den nationalen und individuellen Freiheiten des deutschen Volkes Rechnung tragen. Zur Schaffung dieser Voraussetzungen habe die UN-Generalversammlung eine Kommission ernannt, die in allen Teilen Deutschlands arbeiten soll. Dieser Kommission sollte in der sowjetischen Zone und in Ostberlin die gleiche Arbeitsmöglichkeit geboten werden, wie dies in der Bundesrepublik und in Westberlin bereits geschah.

2. Die Note der Sowjetunion lasse nicht erkennen, wie die internationale Position einer gesamtdeutschen Regierung vor dem Abschluß eines Friedensvertrages aussehen solle. Einer gesamtdeutschen Regierung solle es nach Ansicht der Westmächte freigestellt sein, vor und nach dem Abschluß eines Friedensvertrages vertragliche Bindungen einzugehen, die mit den Prinzipien der Charta der UN vereinbar sind.

3. Es sei unmöglich, über einen deutschen Friedensvertrag zu verhandeln, solange nicht die Voraussetzungen freier Wahlen geschaffen wurden und eine freie gesamtdeutsche Regierung gebildet ist. Diese Regierung müsse an den Friedensverhandlungen teilnehmen. Darüber hinaus müßten noch mehrere andere grundlegende Fragen vor der Einberufung einer Friedenskonferenz geklärt werden.

4. Die Sowjetunion wird daran erinnert, daß im Potsdamer Abkommen niemals endgültige deutsche Grenzen festgelegt wurden. Das Potsdamer Abkommen stelle eindeutig fest, daß territoriale Fragen bei den endgültigen Friedensverhandlungen geregelt werden sollen.

5. Der Vorschlag der Sowjetunion, daß Deutschland eigene nationale Land-, See- und Luftstreitkräfte unterhalte, jedoch sich nicht mit anderen Staaten assoziieren dürfe, werde von den Westmächten als ein Rück-

schrift angesehen und abgelehnt. Derartige Abmachungen würden das Zustandekommen einer neuen Ara in Europa verhindern, in der die internationalen Beziehungen auf Zusammenarbeit und nicht auf Rivalitäten und Mißtrauen aufgebaut sein sollten. Die Westmächte betonten die Notwendigkeit einer europäischen Einigung, in die auch Deutschland einbezogen würde. Sie bringen zum Ausdruck, daß sie deshalb auch die Teilnahme Deutschlands an einer rein defensiven Charakter tragenden europäischen Verteidigungsgemeinschaft zuheißen, welche die Freiheit sichere, die Aggression verhindere und ein Wiederaufleben des deutschen Militarismus unmöglich mache.

**Ausgleich — nicht um den Preis der Freiheit**

Bonn (UP). Bundeskanzler Dr. Adenauer betonte auf einer Veranstaltung des Vereins der ausländischen Presse in Bad Godesberg, Deutschland sei mehr als jedes andere Land auf Grund seiner geographischen Lage und der Teilung an einem echten Ausgleich mit dem Osten interessiert, aber dieser dürfe nicht mit dem Verlust der Freiheit erkauft werden. Bei den Pariser Beratungen über die Antwortnote an die sowjetische Regierung sei man davon ausgegangen, daß die Wiederherstellung eines geeinten demokratischen Deutschland die Voraussetzung für einen dauerhaften Frieden in Europa darstelle. Diese Wiedervereinigung und die Bildung einer gesamtdeutschen Regierung könne aber nur auf dem Wege über wirklich freie, international kontrollierte Wahlen erfolgen. Ihren guten Willen unter Beweis zu stellen, indem sie der UN-Kommission die Prüfung der Voraussetzungen für freie Wahlen in ihrer Besatzungszone gestatten.

Man sei sich ferner darüber einig gewesen, so berichtete der Kanzler weiter, daß es einer gesamtdeutschen Regierung freistehen müsse, Zusammenschlüssen beizutreten, die mit den Grundsätzen und Zielen der UN in Einklang stehen. In einem europäischen Zusammenschluß würden die Westmächte ebenso wie die Bundesregierung die beste Garantie für die Festigung des Friedens in Europa sehen. Eine solche Politik bedrohe niemanden. Ihr defensiver Charakter stehe außer Zweifel. „Niemand — so rief der Kanzler aus — wäre glücklicher als wir, und wir wissen uns darin mit dem ganzen deutschen Volk einig, wenn die Sowjets ihre bisherige Politik wirklich ändern“. Deshalb müsse alles daran gesetzt werden, „um die Motive und Absichten der Sowjetregierung zu erkennen“.

Zum Saarproblem erklärte Dr. Adenauer, in Paris seien sich alle verantwortlichen europäischen Staatsmänner darüber klar gewesen, „wenn man Europa will, muß das Saarproblem gelöst werden“. Diese Lösung könne nur zwischen Deutschland und Frankreich und nur im europäischen Geist gefunden werden. Die Besprechungen in Paris hätten Ansätze für die Möglichkeit einer solchen Lösung gezeigt, die es nun abzuwägen und zu prüfen gelte.

**Bis 1953 normale Beziehungen**

Acheson über die Deutschlandpolitik der USA - Schon 1952 „wesentliche Änderungen“

Washington (UP). US-Außenminister Acheson kündigte an, im Jahre 1953 würden aller Voraussicht nach normale diplomatische Beziehungen zwischen den USA und der Bundesrepublik bestehen. Zur selben Zeit werde Deutschland seine Aufgaben innerhalb der westlichen Verteidigung übernehmen.

Der Minister, der vor dem Bewilligungsausschuß des US-Repräsentantenhauses die Anforderungen seines Ministeriums für die Deutschlandsabteilung begründete, führte weiter aus, im Jahre 1952 seien wesentliche Änderungen in den Beziehungen zwischen den USA und Deutschland zu erwarten. Die vertraglichen Vereinbarungen würden das Besatzungsstatut ablösen und damit große Teile der Autorität wieder an die Deutschen zurückfallen. Zu gleicher Zeit werde ein Teil der Arbeit der amerikanischen Dienststellen in Deutschland in der Liquidation der ehemals ausgeübten Pflichten bestehen. Daneben würden jedoch neue Aufgaben aus der Eingliederung Deutschlands in die westliche Verteidigungsfront erwachsen.

Schließlich, so meinte Acheson, werde auch im Jahre 1953 das Informations-, Erziehungs- und Kulturprogramm der Vereinigten Staaten in Deutschland weitergeführt werden, um den Deutschen bei der Festigung ihres demokratischen Systems beizustehen und die Eingliederung Deutschlands in die übrige Europa zu fördern.

Acheson forderte für die Deutschland-Abteilung des State Departments insgesamt 2,1 Millionen Dollar (etwa 8,5 Millionen DM). Das sind rund 38 000 Dollar (etwa 150 000 DM) weniger als im vergangenen Finanzjahr.

**Die NATO-Pläne**

General Grüntner gab vor dem Außenpolitischen Ausschuß des Repräsentantenhauses eine Darstellung der Abwehrpläne des NATO-Oberkommandos, das zwei Pläne für den „Ernstfall“ ausgearbeitet habe: 1. Einen vorläufigen Plan zur Abwehr eines Angriffes von Osten, der bereits morgen in Kraft treten könne. Der Generalstabschef Eisenhovers fügte allerdings einschränkend hinzu, die Verwirklichung dieses Planes bedeute keineswegs, daß eine Invasion der Sowjets gestoppt werden könne. „In diesem Plan ist lediglich festgelegt“, sagte er wörtlich, „was wir mit den zur Verfügung stehenden Truppen und Material tun würden.“ 2. Ein Plan auf weitere Sicht, der die Erfüllung der bestehenden Programme voraussetzt und darauf abgestellt ist, eine „Bedrohung erfolgreich abzuwehren“.

**Deutsche Offiziere**

Rund ein Fünftel der etwa 100 000 Offiziere der künftigen Europa-Armee würden voraussichtlich von der Bundesrepublik gestellt, ver-

lautete von unterrichteter Seite in Bonn. Diese Zahl erreiche sich aus der in fast allen Armeen üblichen „Kennziffer“ von fünf Prozent. Das bedeute, daß rund fünf Prozent der Gesamtstärke einer Armee Offiziersdienstgrade sind. Für die Bundesrepublik ist auf der Grundlage von zwölf deutschen Divisionen stets mit der hypothetischen Gesamtzahl von 400 000 Soldaten gerechnet worden. Fünf Prozent davon wären etwa 20 000 Offiziere.

Die künftigen europäischen Offiziere sollen nach Möglichkeit gemeinsam auf Kriegsschulen ausgebildet werden. Der Bundeskanzler hat diesen Wunsch schon mehrfach vorgetragen. Für Deutschland wird sich der akute Mangel an jungen und erfahrenen Offizieren wahrscheinlich empfindlich bemerkbar machen. Man hält es deshalb für denkbar, daß nicht alle Planstellen sofort besetzt werden.

**Labour geschlossen hinter Attlee**

Bevan erlitt entscheidende Schlappe

London (UP). Die Unterhausfraktion der Labour Party hat ihrem Fraktionsvorsitzenden Attlee einstimmig das Vertrauen ausgesprochen. Mit diesem Erfolg des ehemaligen Premierministers scheint die von den Anhängern Bevans angezeigte „Rebellion“ gegen den gemäßigten Flügel der Partei endgültig zusammengebrochen zu sein. Vor der Fraktionsitzung war in Kreisen der Sozialisten bekannt geworden, daß die „Bevaniten“ eine neue Attacke gegen ihren Chef planten. In einer Resolution sollte Attlee vorgehalten werden, daß er nicht „unparteiisch“ sei. Im Sendeeffekt lief diese Resolution darauf hinaus, Attlee seines Postens als Fraktionsvorsitzender zu entheben. Dieser neue Vorstoß aus dem linken Lager hatte bei den restlichen Abgeordneten Entrüstung hervorgerufen. Als die „Bevaniten“ die geschlossene Opposition ihrer Kollegen erkannten, zogen sie es vor, sich in Schweigen zu hüllen und auf die Vorlage ihrer Resolution zu verzichten.

Die Spannungen innerhalb der Labour Party sind allerdings noch nicht behoben. Bei der nächsten Parteikonferenz wird es sich entscheiden, ob die Sozialisten nach wie vor die verstärkte Ausrüstung befürworten oder in das Lager Bevans übergehen.

Arthur Deakin, der Vorsitzende des mächtvollen britischen Gewerkschaftskongresses (TUC), kündigte an, daß die britischen Gewerkschaften allgemeine Lohnerhöhungen fordern würden, um die aus dem neuen Budget der konservativen Regierung resultierende Steigerung der Lebenshaltungskosten auszugleichen.

**Geheimnisvolle sowjetische Flugzeuge**

Ein Torpedo-Träger mit Düsenantrieb — Angeblich 500 000 Fallschirmspringer ausgebildet

London (E.B.). Die in der Nähe Londons tagende Geheimkonferenz hoher Fliegeroffiziere aus Großbritannien, den USA, den Commonwealth-Staaten und Frankreich soll — wie von gut informierter Seite verlautet — vor allem die Verteilung der alliierten Luftstreitkräfte in Europa im Falle eines Angriffs beraten, ferner die Taktik des modernen Luftkriegs und die bisher mit ferngelenkten Geschossen gemachten Erfahrungen. Insbesondere aber soll die Konferenz Agentenberichte und Informationen über Stärke, Gliederung und moderne Flugzeugtypen der sowjetischen Luftwaffe prüfen. Einer dieser Berichte behauptete, daß in der Sowjetunion über 500 000 Mann als voll einsatzfähige Fallschirmspringer ausgebildet worden seien.

Schon kürzlich wurde aus Korea gemeldet, daß dort ein neuer Typ des sowjetischen Düsenjägers Mig-15 aufgetaucht sei. Er verfügt dank stark angewinkelter Tragflächen über eine wesentlich größere Geschwindigkeit als die bisher bekannten Modelle. Eine weitere Neukonstruktion der Sowjets ist ein Düsenflugzeug, das mit zwei Torpedos bestückt ist, die angeblich ferngesteuert werden können. Britische Marineschwererüstler vermuten, daß es sich bei dieser Maschine um eine Weiterentwicklung des Doppeldüsenjägers TU-12 handelt, der aber keine zwei Torpedos mit je etwa 900 Kilogramm Gewicht befördern konnte. Zwar war die Tragfähigkeit der TU-12 schon erheblich, ihr Aktionsradius jedoch zu gering, als daß sie zu Einsätzen über See hätte verwendet werden können.

Das neue Torpedo-Flugzeug wurde über Ostdeutschland und der Ostsee schon mehrfach beobachtet. Es soll angeblich eine Geschwindigkeit bis zu 1000 km/std. entfalten. Nach Auffassung schwedischer Marine-Offiziere, welche die neue Sowjetmaschine im Flug sahen, könnte diese eine gefährliche Waffe sowohl im Einsatz gegen Geleitzüge wie auch gegen Überwasserstreitkräfte sein.

General Grüntner, der Generalstabschef General Eisenhovers, gab in Washington bekannt, daß die NATO-Streitkräfte im Verlaufe dieses Sommers „Mobilisierungs“-Manöver abhalten werden. Durch diese Manöver soll festgestellt werden, wie lange es dauern wird, bis die Reservisten unter Waffen stehen.

Der dänische Vizekonsul Jens Petersen Holmen verunglückte bei einem Autounfall in der Nähe von Bremerhaven tödlich.

70 000 Dollar hat das State Department für die Einrichtung einer US-Botschaft beim Vatikan beantragt.

In Kapstadt kam es erneut zu Zusammenstößen. Regierungsanhänger bewarfen die Teilnehmer einer Kundgebung gegen die Rassenpolitik Malans mit Tränengasbomben und faulen Eiern.

Arturo Toscanini, der mit dem Dirigentenstab die Konzertsäle aller Welt eroberte, feierte seinen 85. Geburtstag.

Die Kommunistische Partei der USA habe im vergangenen Jahr 27 Prozent ihrer Mitglieder verloren, behauptete der Chef des US-Bundesführungsdienstes, Hoover. Die jetzige Mitgliederzahl betrage 31 698.

Die Geheimbesprechungen in Pan Mun Jon werden fortgesetzt. Über den Verlauf der letzten Sitzung ist nichts bekannt geworden.

Im Salzburger Spionageprozess wurde Frau Agnes Heyne aus Würzburg von einem US-Zivilgericht zu vier Jahren Gefängnis verurteilt, weil sie an den tschechoslowakischen Geheimdienst Informationen über US-Truppen weitergegeben hat.

In Mexiko kam es seit Freitag wiederholt zu blutigen Unruhen, bei denen bisher sieben Personen ums Leben kamen. Die Bevölkerung greift die „Privat-Miliz“ des Gouverneurs Herida an, die sich durch verschiedene Verwaltungs-Akte unbeliebt gemacht hat.

30 Personen wurden bei einem Erdbeben auf Westjava getötet und 41 verletzt.

Der israelische Außenminister Mosche Scharetz ist von London nach Rom geflogen, wo er mit Ministerpräsident de Gasperi zusammenkommt und Papst Pius in Audienz empfangen werden wird.

Die Überprüfung der tschechoslowakischen Volksgerichte durch eine UN-Kommission, welche die Lage der noch in der CSR lebenden 150 000 Deutschen untersuchen soll, forderte der SPD-Bundestagsabgeordnete Richard Reitzner.

Die Deutschland-Kommission der UN ist am Montag von Berlin nach Genf zurückgekehrt.

Für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands wurde ein Forschungsbeirat konstituiert, der das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen unterstützen soll.

Die Bundestagsfraktion der FDP schlug für das künftige Wahlgesetz eine Kombination zwischen Mehrheits- und Verhältniswahl vor, um die Bildung einer Regierung zu erleichtern und Zersplitterungen zu verhindern.

Generalleutnant a. D. Kurt Miltzer, der einstige Militärbefehlshaber in Rom, ist im Alter von 57 Jahren in Werl gestorben, wo er wegen angeblicher Verantwortung für Geleitzerschließungen eine lebenslange Haftstrafe abbüßen sollte.

Ein internationaler Bergarbeiterkongress tagt am 2. und 3. April im „Haus Hamm“ in Oberbayern.

General Eisenhower empfing in seinem Hauptquartier den Prinzen Bernhard der Niederlande.

Der britische Außenminister begrüßte im Unterhaus die Aussichten auf eine Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich im Saarkonflikt, wobei er die Hoffnung aussprach, daß die Saar einen angemessenen Platz in der europäischen Gemeinschaft einnehmen werde.

US-Marineminister Kimball ist auf seiner Inspektionsreise durch den Fernen Osten in Hongkong eingetroffen, von wo er sich nach Formosa begeben wird.

Aus der Stadt Etlingen

Eine öffentliche Gemeinderatsitzung findet am Mittwoch, 2. April, 19 Uhr im grossen Rathaussaal statt.

Straßenumbenennung

Die verlängerte Schloßgartenstraße, die bisher Ferningstraße benannt war, trägt jetzt den Namen „Im Ferning“.

Osterferien beginnen am 7. April

Wie uns die Landesbezirksdirektion des Kultus und Unterrichts mitteilt, beginnen die Osterferien im Landesbezirk Nordbaden am 7. April (erster Ferientag) und enden am 21. April (letzter Ferientag). Meldungen, wonach die Ferien bis einschließlich 30. April dauern, beziehen sich nur auf den Landesbezirk Nordwürttemberg.

Kindererholungsfürsorge

Die im Kindererholungsheim Steinbad untergebrachten Kinder aus dem Landkreis Karlsruhe treten nach sechswöchentlicher Erholungskur am Freitag, den 28. März 1952 die Rückreise an und treffen mit dem Zug D 159 um 13.10 Uhr in Karlsruhe-Hauptbahnhof ein. Die Abfahrt der an der nächsten Kurperiode vom 1. 4. bis 9. 5. 1952 teilnehmenden Kinder erfolgt am Dienstag, den 1. April mit D 478 um 12.45 Uhr ab Karlsruhe-Hauptbahnhof.

Die Alb führt Hochwasser

Durch die starken Regenfälle der letzten Tage schwellen die Wasser der Alb in der letzten Nacht so stark an, daß sie in der Bucher Straße, wo der verlängerte Pappelweg einmündet, und auf den Wiesen über die Ufer treten. An der Schwemme vor dem Autohaus Neumaler bestand ebenfalls Überschwemmungsgefahr. Die Stadtpolizei benachrichtigte deshalb das Stadtbauamt, das während der Nacht Vorkehrungen traf, damit die Wassermassen bei weiterem Ansteigen eingedämmt werden könnten. Durch das Nachlassen des Regens ist der Wasserspiegel der Alb in der Zwischenzeit gesunken, so daß im Moment keine akute Gefahr mehr besteht.

Bis zu 2% Vermittlergebühren

Um eine Eingliederung der beimatvertriebenen Landbevölkerung in die Landwirtschaft beschleunigt zu ermöglichen, können künftig für Vermittlung landwirtschaftlicher Höfe zum Verkauf oder zur Verpachtung Dritte Vermittlungsgebühren bis zu 2% der bewilligten Darlehen gewährt werden, sofern ein Kauf- oder ein Pachtvertrag zustande gekommen ist. Sollte jedoch der Betrag von 2% des bewilligten Darlehens nicht für eine entsprechende Vermittlertätigkeit ausreichen, so können die tatsächlich entstandenen Kosten, jedoch nicht mehr als 2% des Einheitswertes des veräußerten oder verpachteten Grundstückes, als Vermittlergebühr auf Antrag der Siedlungsbehörde ausbezahlt werden.

„Deutsche Weinwoche“ im September

Die „Deutsche Weinwerbung“ und die Fachverbände werden vom 19. bis 28. September 1952 erstmals eine Deutsche Weinwoche veranstalten, deren Höhepunkt „Vaters Weintag“ am 21. September bilden soll.

Bau des Vereinsheims war größter Erfolg

Der Verein der Hundefreunde hielt am Freitag seine Jahreshauptversammlung im „Alten Fritz“ ab. Schriftführer Otto Abele gab einen Rückblick über die Tätigkeit des Vereins im abgelaufenen Geschäftsjahr. Einige Mitglieder erzielten besondere Leistungen bei Ausstellungen und Prüfungen. Der Verein kann als besonderen Erfolg die Erstellung des Vereinsheims buchen.

Die Neuwahlen brachten folgendes Ergebnis: 1. Vorstand Wilhelm Bell, 2. Vorstand Gustav Maier, Schriftführer Otto Abele, Kassier Karl Kappler, Zuchtwart Oskar Frank, Dressurleiter Jakob Forster, Stellvertreter Otto Ploth, Platzmaterialverwalter Anton Deubel. Die Vorstandschäft wurde von den Mitgliedern beauftragt, ein Veranstaltungsprogramm für dieses Jahr auszuarbeiten.

Windhund-Training beginnt wieder

Der Karlsruher Windhundrennverein e. V. hielt am 23. März im Schülbürger in Karlsruhe seine Generalversammlung ab. Vorsitzender Schmittgall umriß in einer kurzen Ansprache die Leistungen des Vereins im vergangenen Jahr und sprach über Ziel und Zweck des Rennvereins. Der Karlsruher Windhundrennverein beteiligte sich mit großem Erfolg an zwei Rennen im Ausland, an einem internationalen Rennen auf dem Killisberg in Stuttgart und veranstaltete ein eigenes Rennen in Karlsruhe im September, an dem über 60 Rennhunde beteiligt waren. Sportkamerad A. Weiß aus Niefern dankte in anerkennenden Worten der bisherigen Vorstandschäft für die vorbildlich geleistete Arbeit und erteilte dem Gesamtverband Entlastung. Er bat noch, daß die Zusammensetzung des bisherigen Vorstandes auch die gleiche für das kommende Jahr bleiben möge und schloß mit dem Worten, daß von jedem einzelnen Mitglied Opfer gebracht werden müßten, damit das gesteckte Ziel erreicht wird. Herr Schmittgall dankte dem Redner für seine anerkennenden Worte und die alte Vorstandschäft übernahm wieder die Führung für das kommende Jahr. An Einladungen zu großen Rennen liegen bereits zwei Rennen im Ausland, zwei internationalen Rennen in Deutschland, auch sind wieder zwei Rennen für Karlsruhe evtl. Etlingen geplant. Die Trainings beginnen nun wieder bei gutem Wetter regelmäßig auf der Trainingswiese, denn nur gut trainierte, bahnsichere Hunde sind zum Rennen zugelassen. Besonders muß der Nachwuchs an Junghunden herangezogen werden. Nur wer seinen Hund regelmäßig auf der Bahn trainiert, kann mit einem Rennerfolg rechnen, und das ist ja der Wunsch eines jeden Windhundbesitzers.

Unserer heutigen Ausgabe liegt ein Wettbewerb vom Württemberg-Badischen Toto im West-Süd-Block bei. Wir empfehlen die Beilage ihrer besonderen Beachtung. (1054)

Wohnungsamt fordert

Maßnahmen gegen „leichte Mädchen“

Trotzdem sollte Freizügigkeit in der Wohnraumbeschaffung weiterhin angestrebt werden

Das Etlinger Wohnungsamt hat dem Landratsamt drei Empfehlungen zugeleitet, um die neuerdings besonders starke Zuwanderung „leichter Mädchen“, einzuschränken, die im Gefolge der amerikanischen Einheiten nach Etlingen kamen und die Wohnungsnot noch mehr vergrößerten. Außerdem besteht die Gefahr, daß sittliche Schäden für die übrigen Mieter, vor allen Dingen bei Jugendlichen entstehen.

Das Etlinger Wohnungsamt hat beim Landratsamt die listenmäßige Erfassung aller von Veronikas belegten Räume und die Einschränkung der bisher vom Wohnungsamt bewirtschafteten Zimmer empfohlen. Außerdem wird die Überprüfung der Gesetze vorgeschlagen, durch die sich in besonders schwerwiegenden Fällen eine Räumung des Wohnraumes erzwingen läßt.

Man muß sich vergegenwärtigen, welche Zustände im Moment auf dem Gebiet des Wohnungsmarktes herrschen, um die Empfehlungen des Etlinger Wohnungsamts verstehen zu können. Seitdem die ersten amerikanischen Soldaten in der Rheinlandkaserne einzogen, ist für Etlingen eine Art Landplage entstanden: die „Veronikas“, wie man sie mit besserem Namen nennt, suchen Unterkünfte. In Etlingen ist seitdem kaum noch ein möbliertes Zimmer zu bekommen, denn gerade jene Räume, die nicht der Bewirtschaftung unterliegen, waren bisher für Unterkunfts-suchende der letzte Ausweg, um ein Dach über den Kopf zu bekommen. Heute liegen diese Dinge wesentlich anders: Der gewöhnliche Sterbliche kann ein solches beschlagnahmefreies Zimmer nicht mehr erhalten, denn „Veronika“ berappt 100 Mark und noch mehr im Monat und ist dafür ein angesehenes Mie-

ter, dem man gern den Vorzug vor einem anständigen Menschen mit schmalem Geldbeutel gibt.

Aber man würde der Etlinger Bevölkerung ein schlechtes Zeugnis ausstellen, wollte man nicht auch von jenen Familien sprechen, die immer wieder ihre Gastfreundschaft unter Beweis stellen und ihre Schlafstellen dem Etlinger Verkehrsverein anlässlich von Tagungen für auswärtige Besucher zur Verfügung stellten. Auch die vielen Zimmervermieter, die einen anständigen Menschen einer „Veronika“ trotz der Konjunktur vorziehen, darf man nicht mit denen unter eine Decke stecken, die gegen ihre eigene und gegen die Gesundheit ihrer Kinder rücksichtslos verfahren und auf engem Raum wohnen, ohne Rücksicht darauf, ob die jugendlichen Familienangehörigen durch solch zweifelhafte Untermieterinnen sittliche Schäden erleiden.

Neben den eingangs erwähnten Gefahren besteht die Möglichkeit, daß die Wohnungsfreizügigkeit, die durch das neue Wohnungsgesetz aus dem Jahr 1950 eintrat, vielleicht wieder in Wegfall kommen könnte. In diesem Gesetz ist unter anderem festgelegt, daß die Zuzugsgenehmigung entfällt und daß frei finanzierte Wohnungen nicht mehr bewirtschaftet werden. Durch harte Maßnahmen gegenüber den „leichten Mädchen“ sollte man erreichen, daß die teilweise auch im Wohnungswesen bereits überholte Zwangsbewirtschaftung nicht neuerdings wieder eingeschränkt, sondern Zug um Zug aufgehoben wird. Das kann nicht zuletzt dadurch erreicht werden, daß sich die Vermieter diszipliniert verhalten und mehr Rücksicht auf die Allgemeinheit nehmen.

Warum leuchten die Warnschilder auf?

77 Millionen Glaskügelchen auf einen Quadratmeter - Der gelbe Autobahn-Strich

Das Bundesgebiet hält einen traurigen Rekord an Verkehrsunfällen. Fachleute errechneten einen jährlichen Gesamtschaden, der die Milliarde DM bereits überschritt. Aus einer Polizeistatistik geht hervor, daß 96 Prozent aller Unfälle auf Mängel der Menschen, aber nur 4 Prozent der Fahrzeuge zurückzuführen sind. Es muß also etwas geschehen, auch wenn das einige Millionen kosten sollte, denn sie machen immerhin nur Bruchteile der Schäden aus, und Menschenleben sind überhaupt unersetzlich.

Diese Überlegungen stellen auch amtliche Stellen an und gingen der Sache auf den Grund. An der Zahl der Warnschilder auf unseren Straßen kann es nicht liegen, sie geht bereits in viele Hunderttausende. Es liegt an der Reisegeschwindigkeit, die ständig zunimmt und heute bei PKWs einen Durchschnitt von fast 70 Stundenkilometern erreicht hat. Diesem Tempo sind die alten Warnschilder nicht mehr gewachsen, oder — wenn man so will — die Augen der Kraftfahrer. Ein Warnschild aber, das zu spät oder nur undeutlich erkannt wird, hat seinen Zweck verfehlt.

Ein Schild soll bei Tag und Nacht, bei jedem Wetter gut erkennbar sein. Das ist mehr, als das alte, brave Verkehrsschild erfüllen kann. Im Ausland, vor allem in den USA mit der großen Verkehrsdichte, hat man das längst erkannt. Dort verwendet man sogenannte Reflexstoffe, die bei natürlichem Licht klar erkennbar sind, bei Dunkelheit aber das Scheinwerferlicht reflektieren, ohne zu blenden. Der in Amerika am meisten verwendete Reflexstoff, die Scotchlite-Folie, wurde in zwölfjähriger Entwicklungsarbeit auf den heutigen Stand gebracht und reflektiert jetzt das Licht bis zu 170mal stärker als gewöhnliche Oifarbe. Auch bei uns wurden Schilder mit Scotchlite-Folien erprobt. Doch gibt es heute schon mehrere deutsche Firmen, die durchaus ebenfalls Reflexstoffe liefern. Ihre Herstelluns ist ungemein schwierig, denn sie sind recht kompliziert zusammengesetzt.

Da ist zunächst eine tragende Grundschicht, auf die ein reflektierender Kunststoff-Film aufgebracht wird. Darüber wieder liegt ein durchsichtiger Kunststoff-Film, in den kleinste Glaskügelchen von einem Zehntel Millimeter Größe eingebettet sind. 77 Millionen braucht

man für einen Quadratmeter, und sie dürfen weder zu tief noch zu flach sitzen, um ihren Zweck erfüllen zu können. Darüber kommt dann noch häufig ein wetterfester Speziallack, um eine möglichst lange Haltbarkeit zu erreichen. Da sich solche Reflex-Folien in allen Farben herstellen lassen, kann man künftig daraus alle Verkehrsschilder herstellen. Es gibt für Spezialzwecke bereits Folien mit besonders starker Fernwirkung, während allgemein die „Weitwinkel-Folie“ benutzt wird, die eine besonders große Breitenwirkung hat. Damit ist ein entscheidender Schritt zur Erhöhung der Verkehrssicherheit getan.

Früher war der Mittelstrich auf den Autobahnen schwarz oder weiß, je nachdem, ob es sich um eine Beton- oder Asphaltdecke handelte. Neuerdings wird ein gelber Markierungsstrich angebracht, der bei Nacht, aber auch bei Nebel, aufleuchtet. Das bedeutet für den Fahrer eine große Entlastung und hat schon viele Unfälle vermeiden helfen. Solche Leuchtfarben sind schon aus der Vorkriegszeit bekannt, aber die Haltbarkeitsansprüche auf der Autobahn sind ungleich höher. Neben Wind und Wetter sind es die Autoreifen, die Tag und Nacht den Strich „wegradieren“, und trotzdem soll er möglichst 2 Jahre seinen Zweck erfüllen. Sonst wird er zu kostspielig, denn in der Praxis rechnet man 50 kg Farbe auf 1 Kilometer eines 15 cm breiten Trennungsstriches. Die Materialprüfungsämter stellen laufend Versuche an, und die Farbenfabriken bemühen sich, in bezug auf kurze Trockenzeit, Ergiebigkeit usw. die Qualität ständig zu verbessern.

Unterhaltshilfe auch nach dem 31. März

Die Unterhaltshilfe nach dem Soforthilfengesetz wird nach einer Mitteilung des württemberg-badischen Innenministeriums über den 31. März dieses Jahres hinaus bis zum Inkrafttreten einer im Rahmen des Lastenausgleichs an die Stelle der Unterhaltshilfe tretenden Regelung gewährt. Somit bleiben die bis zum 31. März ausgesprochenen Bewilligungen auch noch über diesen Zeitpunkt hinaus wirksam. Voraussetzung ist, daß die Verlängerung nicht im Einzelfall durch eine Verfügung des Amts für Soforthilfe versagt wird.

Aus den Albgau-Gemeinden

Etlingenweiler. Am vergangenen Freitag, den 21. ds. Mts., abends 20 Uhr fand im hiesigen Rathaus eine Versammlung statt, zu welcher die Gemeindeverwaltung die Interessenten von der geplanten Siedlung der „Neuen Heimat“ zu einer Aufklärungssprache eingeladen hatte. Der Einladung folgten eine sehr große Anzahl Baulustiger und Interessenten. Herr Architekt Überreiter von der Gemeinnützigen Baugenossenschaft „Neue Heimat“ in Karlsruhe, der sich für diesen Abend in anerkennenswerter Weise zur Verfügung stellte, erklärte in klarer und erschöpfender Art und Weise alle einschlägigen Fragen und Bedingungen. Aus dem Schatz seiner reichen, praktischen Erfahrungen im Siedlungswesen konnte Herr Überreiter alle Anfragen finanzieller und bautechnischer Art restlos klären, so daß mit den Vorarbeiten zur Besiedlung sofort begonnen werden kann. Hierzu gehört vor allen Dingen die richtige Auswahl aus 14 Bewerbern zu treffen. Da nur 4 Siedlerstellen zur Verfügung stehen, wird es auch hier nicht leicht sein, das Richtige zu treffen. Das Angebot steht in keinem Verhältnis zum dringenden Bedarf. Doch muß die Gemeinde für die vom Verteilungsausschuß des Landkreises Karlsruhe durch die Zuteilung eines Darlehens von 44 000 DM bei den anerkannten katastrophalen Wohnungsverhältnissen in der hiesigen Gemeinde herzlich dankbar sein. Auch ist es der Gemeindeverwaltung gelungen, die Mittel für die erste Hypothek von der Bezirksparkasse Etlingen zu erhalten, um damit erst die Finanzierung des Bauvorhabens sicher zu stellen und zu ermöglichen. Auf Vorschlag Herrn Überreiters wird in den nächsten Tagen unter dem Vorsitz des Bürgermeisters aus Mitgliedern des Gemeinderats, der Bürgerschaft und der Heimatvertriebenen ein Ausschuß zur Auswahl der Siedler gebildet werden, die ihrerseits den Siedlerauschuß wählen, in dem auch Außenstehende insbesondere Fachleute im Bau- und Finanzwesen sein werden. So hoffen wir, daß der Anfang zur Linderung der Wohnungsnot in unserer Gemeinde mit Erfolg gekrönt sein möge und wünschen den Siedlern von Herzen Glück zu einem baldigen eigenen Heim.

In seiner letzten öffentlichen Sitzung am 20. ds. Mts. hat der Gemeinderat die Baufluchten an der Landstraße II. O. Nr. 207 festgestellt.

Während der Zeit der Sperre der Bundesstraße 3 zwischen Etlingen und Bruchhausen wird der Gemeindegeweg — Zufahrt zum Bahnhof Bruchhausen — für den Durchgangsverkehr für Kraftfahrzeuge aller Art gesperrt. An den Ein- bzw. Ausfahrten des Weges sind entsprechende Verbotstafeln angebracht, auf deren Beachtung bei Vermeidung von Strafen hingewiesen wird.

Am 27. März vollendet Frau Berta Deubel, die sich abgeben von einem schon jahrelangen Fußleiden immer noch bester Gesundheit erfreut, ihr 84. Lebensjahr. Wir wünschen unserer dorflästigen Altersjubiläarin zu ihrem Geburtstag alles Gute für ihr neues Lebensjahr und einen weiteren sorgenlosen Lebensabend.

Theaterreise für den Glockenguß

Elsenrot. Das Auftreten der Elsenroter Theatergruppe in Malsch war ein voller Erfolg. 300 Kinder am Sonntag nachmittag und 700 Erwachsene am Abend verfolgten das Spielgeschehen, das in schlichter doch prägnanter Art von „Schuld“ und „Sühne“ am vierten Gebot sprach.

Es wurde nicht nur „schwarz-weiß“ gespielt oder „Moral gepredigt“ — so wie es leider allzu oft der Fall auf dem Lande ist — sondern jeder Spieler gab seiner Rolle etwas mehr mit als in dem Buch stand. Ja, man spürte förmlich, wie das Wort Leben und Gestalt bekam, sei es auf dramatische (Tochter, Sohn und Verführer), menschliche (Vater, Schwester) oder auflockernde Art (der drollige Bursche und sein einfältiger Kumpane). Auch die kleineren Rollen befanden sich in guten Händen, so daß das Spiel flüssig und kraftvoll zugleich wirkte.

Der Malscher Kirchenchor umrahmte die Aufführung mit schöner Gesangskunst. So verlief dieser Sonntag recht harmonisch, sowohl für die Malscher Zuschauer als auch für die Elsenroter Gäste, die durch ihr freundliches und gut einstudiertes Auftreten einige Pfund Metall für ihre Glocken verdienten.

L. R.

Oberweiler. Am Freitag, 28. März werden die Kb- und Angestelltenrenten, am 1. April die Unfall- und Invaliden-Renten jeweils von 9—10 Uhr ausbezahlt, die Zeit ist genau einzuhalten. — Die Frühjahr-Baumspritzung wurde hier vorgenommen. Vergangene Woche wurde auch in Oberweiler das Vieh gegen Tb. geimpft. — Die Milchsammelstelle wurde von Frau Helene Malsch geb. Weber neu besetzt. — Die Kulturarbeiten im Walde sind seit einigen Tagen in vollem Gang.

Völkersbach. Die Auszahlung der Renten für den Monat April erfolgt für die Empfänger von Kb- und Angestelltenrenten am Freitag, 28. März und für die von Unfall-, Knappschäfts- und Invalidenrenten am Dienstag, 1. April jeweils von 8—12 und 15—17 Uhr. ch.

Bereins-Nachrichten

Der Landesverband der vertriebenen Deutschen im B.V.D., Ortsgruppe Etlingen, hält am 5. April um 19.30 Uhr im Gasthof zum „Engel“ in Etlingen, Kronenstraße, seine satzungsgemäße Jahreshauptversammlung mit der Neuwahl des Ortsgruppenvorstandes ab. Anschließend wird der stellv. Kreisvorsitzende des L.V.D., ein Referat über Flüchtlingsfragen und Lastenausgleich erstatten. Alle Heimatvertriebenen werden zu dieser Tagung eingeladen. Anträge zur Hauptversammlung können bis 1. 4. 52 schriftlich eingebracht werden.



Tromba mit der Königstiger-Gruppe

Ist eine der eindrucksvollsten Darbietungen des Zirkus Krone. Dem Besucher läuft oftmals ein Schauer über den Rücken, wenn der Dompteur mit Kaltblütigkeit diesen gefährlichen Tieren gegenübertritt.

### Deutsche Film-Expedition in Abadan Audienz bei Mossadeg — Überall stürmische Begrüßung

Stuttgart (UP). Die deutsche Film-Expedition, die sich gegenwärtig im Iran aufhält, ist von der Bevölkerung des Landes mit großer Freundlichkeit aufgenommen worden. Höhepunkt der Reise war, wie die Hansa-Film-Produktion in Stuttgart mitteilte, ein Besuch des Leiters der Expedition, Bernhard Redetzki, und des Drehbuchautors Peter Höfer bei Ministerpräsident Mossadeg, der beide in Privataudienz empfing. Die Regierung des Landes erteilte den deutschen Filmleuten auch die Erlaubnis, im Sperrgebiet von Abadan zu filmen. Zu diesem Zweck wurde eigens ein Sonderzug, bestehend aus Schlaf-, Wohn- und Speisewagen zur Verfügung gestellt, der unter persönlicher Aufsicht des technischen Leiters der iranischen Eisenbahnen über die 900 Kilometer lange Strecke von Teheran nach Abadan rollte. Der Sonderzug mit den Filmleuten wurde überall, wo er auf der eingleisigen Strecke hielt, stürmisch begrüßt. Blumen, Früchte und symbolische Zeichen der Freundschaft gab es fast überall.

In Andimesch wurde die Expedition vom Bezirksdirektor der iranischen Eisenbahn, Enzham, dem Neffen des früheren iranischen Gesandten in Deutschland und des bekannten UN-Delegierten gleichen Namens, begrüßt. Entzham informierte die deutschen Filmschleute darüber, daß das gesamte iranische Eisenbahnsystem nach deutschem Muster organisiert und aufgebaut sei. Alle bei der Eisenbahn beschäftigten Ingenieure hätten in Deutschland studiert. Die Strecke Teheran-Abadan ist erst seit 1935 in Betrieb und gilt als die teuerste und tunnelreichste Strecke der Welt. Der schwierige Gleisweg führt durch 116 Tunnels, geht bis zu 2174 Meter hoch und fällt bis auf 17 Meter über dem Meeresspiegel ab, so daß man auf dieser Reise innerhalb von 24 Stunden vom strengen Winter bis zum Hochsommer alle Jahreszeiten durchfahren kann.

Die Hansa-Filmproduktion hat in Teheran mit den ersten Aufnahmen zu einem Kulturfilm „Teppichknüpferei“ begonnen.

### Goldladung des KLM-Flugzeuges fehlt

Frankfurt (UP). Goldbarren im Werte von 10 000 Dollar, die das am Samstag bei Frankfurt abgestürzte KLM-Flugzeug an Bord hatte, sind nach Mitteilung der Gesellschaft bisher nicht gefunden worden. Die viermotorige DC-6 der niederländischen Luftverkehrsgesellschaft hatte in Johannesburg eine größere Menge Goldbarren geladen, die nach Amsterdam gebracht werden sollten. Nach dem Absturz bei Frankfurt, bei dem 44 Personen ums Leben kamen, wurde der größte Teil des Goldes, nämlich 490 kg, geborgen.

### Blutatt in Frankfurter Nervenklinik Wahnwahniger Lief Amok — Ein Toter und 3 Verletzte

Frankfurt (UP). Der 40 Jahre alte Ukrainer Vindislaw Lukasewicz aus einer Frankfurter Arbeiterunterkunft drang in die Frankfurter Nervenklinik im Stadtteil Niederrad ein, tötete den 31 Jahre alten Wärter Eduard Röger mit einem feststehenden Messer und verletzte drei Anstaltsärzte und zwei Pfleger durch Brust-, Arm- und Lendenstiche zum Teil schwer.

Lukasewicz war vom 12. bis 22. März dieses Jahres wegen Schwermut in der Nervenklinik in Behandlung. Der Hergang der Tat wird wie folgt geschildert: Der Pförtner der Anstalt hat dem Täter die Tür geöffnet, da er glaubte, daß Lukasewicz zu einer Nachuntersuchung erscheinen wollte. Dieser ging in den ersten Stock und klingelte auf der Männerabteilung, wo er selbst einmal als Patient lag. Der Pfleger Röger, der ihm öffnete, erhielt sofort mehrere Stiche und starb an innerer Verblutung. Zwei Stationsärzte wollten dem Tobenden das Messer entwinden und wurden dabei ebenso wie zwei hinzukommende Pfleger durch Messerstiche schwer verletzt. Da sich ihm niemand mehr in den Weg stellte, lief Lukasewicz die Treppe herunter und wurde an der Pforte von einem anderen Arzt ebenfalls gestellt, dem der Täter schwere Messerstiche beibrachte. Der Zustand dieses Arztes ist sehr ernst. Ein zufällig in der Klinik weilender Mann konnte schließlich dem Tobenden das Messer entwinden, ohne dabei selbst verletzt zu werden. Der Messerstecher wurde in eine Zwangsjacke gesteckt und in eine besondere Zelle des Polizeipräsidiums übergeführt.

Zwei Professoren vom Gerichtsmedizinischen Institut haben in einem vorläufigen Gutachten festgestellt, der Täter habe unter dem Wahn gelitten, daß er in der Klinik vergiftet werden sollte. Er habe sich dann mit dem Messer auf den Weg gemacht, um „Rache“ an dem Personal der Klinik zu nehmen.

### 35 Tote bei Tunnelerplosion

Neapel (UP). In einem Tunnel eines in der Nähe von Neapel neu errichteten Kraftwerkes ereignete sich eine schwere Explosion, die nach den bisher vorliegenden Meldungen 35 Arbeitern das Leben kostete, 42 schwer verletzte und weitere 23 verschüttete, die bisher nicht geborgen werden konnten. Zur Zeit der Explosion, deren Ursache noch nicht festgestellt werden konnte, befanden sich etwa 100 Arbeiter in dem Tunnel, um letzte Hand anzulegen. Er gehörte zu einem nahezu fertiggestellten Kraftwerk in der Nähe von Caserta nordwestlich von Neapel. Ärzte und Medikamente wurden aus Rom mit dem Flugzeug zur Unglücksstelle geschickt.

### Sport-Nachrichten der EZ

#### Training des Fußballvereins

Das nun beginnende Sommerhalbjahr verlangt ein intensives Training aller Aktiven. Es liegt dies nicht nur im Interesse des Vereins, sondern in erster Linie im eigenen Interesse.

Für die Senioren, dazu zählen auch alle bisherigen A-Jugendspieler, die in der neuen Saison in den oberen Mannschaften spielen, findet das Training wie bisher Mittwoch abends ab 7 Uhr statt. Die Leitung hat der bekannte Oberligaspieler Eugen Fischer (VfB. Mühlburg). Anschließend ist theoretischer Unterricht an der Tafel.

Für alle Jugendlichen (A-, B- und C-Mannschaften) findet das Training Freitagabend ab 6 Uhr statt. Der Jugend hat sich Leopold Feininger zur Verfügung gestellt.

#### Gegen ASV. Hagsfeld

Am Sonntag erlebt der Wasen wieder Großkampftimmung; der Tabellenzweite ASV. Hagsfeld stellt sich zum fälligen Verbandsspiel. Die Gäste haben in den letzten Wochen sich ganz mechanisch an den Spitzenreiter VfB. Bruchsal herangeschoben und wollen bei der Vergebung des Meistertitels noch mitreden. Sie haben aber noch manche Hürde zu nehmen. Am vergangenen Sonntag mußte Hagsfeld in Niefern nach hartem Kampf beide Punkte lassen. Ettlings Beobachter haben den Kampf erlebt und ihre Lehren gezogen. Auch Hagsfeld ist verwundbar und hat in seinem Gefüge manche Schwäche aufgezeigt. Versteht es Ettliling, diese zu nutzen, dann steigt am Sonntag auf dem Wasen der Kampf mit allen Raffinesse der Punkteklämpfe. Die Möglichkeiten zu einem vollen Erfolg sind auf beiden Seiten. Es wird ein spannendes Erlebnis.

#### Handball

TuS Etliling — TuS Beierheim 6:10 (1:8)

Das Verhalten der Gastmannschaft in der zweiten Halbzeit des sonntäglichen Verbandsspiels war alles andere als verbefend für den Handball. An und für sich ist gegen die Anwendung sportlicher Mittel, um einen knappen Torvorsprung zu halten, nichts einzuwenden. Wenn aber eine Mannschaft so feldüberlegen ist und mit 4 Toren Vorsprung führt, war die von der Beierheimer Mannschaft angewandte Methode fehl am Platz. Der Ball wurde minutenlang in der eigenen Hälfte von Mann zu Mann gespielt, um sich auf diese Weise über die Zeit zu bringen, dabei hatte es die Mannschaft aus den bereits angeführten Gründen gar nicht notwendig.

Das Spiel nahm in der ersten Hälfte einen schönen und einwandfreien Verlauf. Was die

Beierheimer Elf an Kombinationen und Schußvermögen zeigte war hervorragend. Besonders glänzte der Sturm durch sein ideenreiches Spiel und sein überragendes Schußvermögen. Die Gäste diktierten überlegen das Spielgeschehen und gingen verdient mit einer 8:1-Führung in die Pause. Die Etlilinger Mannschaft konnte sich in dieser Zeit überhaupt nicht finden. Die Aktionen liefen zu planlos, um die starke gegnerische Hintermannschaft überwinden zu können. Außerdem wurde zu wenig geschossen. Anders dagegen die zweite Hälfte. Nun lief auch das Etlilinger Spiel und lieferte den Gästen eine ebenbürtige Partie. Binnen kurzer Zeit konnte die einheimische Elf 5 Tore schießen, während den Gästen nur noch zwei gelangen. Nun kam es zu den eingangs erwähnten unschönen Szenen.

Der Sieg der Gäste soll dadurch jedoch nicht geschmälert werden, er ist auf Grund der spielerischen Überlegenheit besonders in der ersten Halbzeit verdient.

Schiedsrichter Kistner, Kuppenheim, leitete sicher und hatte das Spiel jederzeit in der Hand.

Die 2. Mannschaften trennten sich mit 2:7 für Etlilingen.

Die Jugend konnte einen 12:10-Sieg erringen und somit ihre Anwartschaft auf den Meistertitel erhalten.

Am kommenden Sonntag tritt der TSV Bualach auf dem Wasen zum vorletzten Spiel an. Das Spiel beginnt bereits vormittags um 10 Uhr. Anschließend spielen die Jugendmannschaften beider Vereine.

Rheinwasserstand am 25. 3.: Konstanz 325 (+6)  
Rheinelden — (—) Breisach 298 (-38)  
Straßburg 400 (-10) Maxau 614 (-42)  
Mannheim 500 (+40) Caub 384 (+49)

#### Wettervorhersage

Am Mittwoch zunächst stark bewölkt und zeitweise Regen. Später Bewölkungsauflockerung. Im Laufe des Tages allmählicher Temperaturrückgang. In der Nacht zum Donnerstag gebietsweise Bodenfrost. Am Donnerstag wechselnd wolkig und im allgemeinen niederschlagsfrei.

Thermometerstand (heute früh 8 Uhr): +4°

Barometerstand: Veränderlich

#### ETTLINGER ZEITUNG

Südd. Heimatzeitung für den Alb-  
gau. Verantwortlicher Herausgeber:  
A. Graf. — Druck und Anzeigen-  
annahme: A. Graf, Etlilingen, Schöll-  
bronner Straße 5, Tel. 37 487

**GEGEN Fingerlinge**

**Hortex**

Strommittel-Drillmittel-Emulsion  
rechtzeitig besorgen  
und anwenden

Erfolgreich bei Gewissensbisse und Federrassel

Druckschriften durch  
E. Merck - Darmstadt  
Abteilung Landwirtschaft

Etlilinger  
**Auto-Verleih**  
an Selbstfahrer  
km — 0.16 DM

Rudolf Kalich, bei Straub  
Etlig., Karl-Friedrichstr. 20  
Fernruf 37736

**ZU VERKAUFEN**

Ziege mit zwei Jungen und  
eine trächtige zu verkaufen.  
Zu erf. unter 1056 in der EZ

Gut erh. dunkler Anzug, erst-  
klassige Qualität und hell-  
braun gemusterter Sakko, f.  
14—16 jähr., günstig zu verk.  
Zu erf. unter 1061 in der EZ

Mist laufend zu verkaufen.  
Mühlenstraße 105

**BEI ANZEIGEN**  
mit dem Zusatz: »Zu er-  
fragen unter Nr.« können  
Sie Name und Anschrift  
der Inserenten bei uns  
erfragen.

**BEI ANZEIGEN**  
mit dem Zusatz: »Ange-  
bote unter Nr.« stehen  
Name und Anschrift der  
Inserenten unter Chiffre-  
geheimnis. Daher sind die  
Angebote mit der Num-  
mer versehen beim Verlag  
abzugeben. — Anfragen  
sind zwecklos.

**Jetzt mit Gewebe-Elixier und Licht-Bleiche**

Dr. Thompson's  
**Waschpulver**  
für  
alle Wäsche

**schwarzweiße Wäsche**

37 Pf.  
DOPPELPAKET  
mit 68 Pf.

THOMPSON SORGT FÜR GLANZ UND FRISCHE

### STADT.BEKANNTMÄCHUNGEN

#### Brennholzausgabe

Am Freitag, den 28. März 1952 findet in der Waldmeisterei (Altes Schloß) die Ausgabe von Loszetteln für den Bezug von Brennholz an nachfolgende Haushaltungen mit Gas statt:

Ausgabezeiten: Buchstaben N—Q vormittags 8—12 Uhr  
Buchstabe R nachmittags 2—4 Uhr

Die Ausgabe der Loszettel erfolgt nur gegen Barzahlung.  
Der Bürgermeister

### BEKANNTMÄCHUNGEN

#### Nächste Rentenzahlungen

Gasthaus zum Hirsch, Nebenzimmer, Eingang vom Garten  
in der Zeit von 8—12 und von 14—17 Uhr

am Freitag, den 28. März nur Versorgungsrenten,  
am Samstag, den 29. März nur Angestelltenrenten und  
am Dienstag, den 1. April Invaliden-, Unfall- und sonstige  
Renten.

Auf die getrennten Auszahlungstage für Versorgungs- und  
Angestelltenrenten wird besonders hingewiesen. Postamt

**OVOMALTINE in Milch**  
Quell der Kraft für Wanderer und Sportler

† Du hast gelitten ohne zu klagen  
Ohne zu klagen trugst Du Dein Leid

Gestern abend verschied nach langem Leiden mein lieber  
Gatte, unser lieber Sohn, Bruder, Schwager und Onkel

**Helmut Schäfer**  
im Alter von 32 Jahren.

In tiefer Trauer  
Anna Schäfer, geb. Pester  
Karl Schäfer und Frau  
Familie Anton Weber  
Familie Anton Schäfer  
Familie Jack Küppers  
Klara Pester u. Inge Pester u. Kinder

Etlilingen, den 25. 3. 1952  
Feldbergweg 21 Beerdigung am Freitag, den 28. 3. um 14.00 Uhr

Wir geben unsere Vermählung bekannt

Hans Dieter Ruf  
Irmela Ruf  
geb. Wenz

Etlilingen, den 28. März 1952

Marktplatz 3 Schillerstr. 7

Der Kenner lobt,  
der Zweifler probt:

**BADENIA-PUTZOEL**

das angenehm riechende  
Reinigungsmittel für ge-  
wachsene Böden jeder Art.  
Ohne Wasser, Seife und  
Späne anwendbar.

**Badenia-Drogerie**  
Rudolf Chemnitz, Telef. 290

**VERSCHIEDENES**

Kl. Grundstück zu verpacht.  
Zu erf. unter 1059 in der EZ

**Sagen  
und Geschichten**  
aus Etlilingen  
und dem Alb-  
gau v. L. Vöpp  
Preis 2.30 DM

Zu haben in allen Buchhandlungen

**BETTEN-Becher**

Erstauslich  
preiswert

Innenfeder Matratze  
mit 10jähriger Garantie  
für die Federlinge;  
halbtbarer Dreif., gute  
Verarbeitung also  
erstklassige  
Qualität und  
doch nur  
**99.50**

**BETTEN-Becher**

Das Fachgeschäft mit großer Auswahl  
KARLSRUHE - KAISERSTR. 235  
Zwischen Hauptpost u. Kaiserplatz

**Herrliche  
Locken**

und weiches, seidiges Haar  
durch Dr. Bußlebs bewähr-  
tes Isma-Lockenwasser,  
gr. Fl. DM 1.40.

Best. erhältl.

**Badenia-Drogerie**  
Rudolf Chemnitz  
Etlilingen, Leopoldstraße 7

### Umschau in Karlsruhe

**Oberbürgermeisterwahl am 25. Mai**  
 Karlsruhe (Isw). Die Stadt Karlsruhe wird am 25. Mai ihren neuen Oberbürgermeister wählen. Nach einem vom Stadtrat gefaßten Beschluß wird die Stelle im Amtsblatt der Stadt Karlsruhe und im württemberg-badischen Staatsanzeiger ausgeschrieben. Der bisherige Oberbürgermeister Friedrich Topper (SPD) ist Ende 1951 wegen seiner angegriffenen Gesundheit auf eigenen Wunsch zurückgetreten.

**Karlsruher CDU für zwei Landesbezirke**  
 Karlsruhe (Isw). Auf einer Kreisversammlung der CDU Karlsruhe wurde in einer Entscheidung die Beibehaltung der bisherigen Landesbezirksgrenzen für die Geltungsdauer des Überleitungsgesetzes gefordert. Nach Ansicht der CDU Karlsruhe soll dieses Überleitungsgesetz jedoch auf eine bestimmte Zeit begrenzt werden. Nach seinem Ablauf fordert die CDU die Bildung von zwei Landesbezirken mit einem badischen und württemberg-hohenzollerischen Landesbezirkspräsidium. — Auf der Kreisversammlung sprachen sich die Mitglieder ferner für die Bildung eines gesamtbadischen CDU-Vorstandes aus, der die Vorbereitungen zur Einberufung eines Parteitages der CDU für das gesamte Landesgebiet Baden treffen soll.

**Diebischer Polizist**  
 Karlsruhe (Isw). Wegen 150 DM, die er seinen Kameraden aus der Tasche stahl, mußte ein 36 Jahre alter Karlsruher Polizist seine Uniform ausziehen und auf zwei Monate Quartier in einer vergerichteten Zelle beziehen. Seine Straftat entschuldigte er vor dem Schöffengericht mit dringenden Anschaffungen, die er nach seiner Heirat machen mußte. Er ist inzwischen wieder geschieden worden.

**Bundesrichterin in der UN-Kommission**  
 Karlsruhe (Isw). An der vom 24. März bis 4. April in Genf stattfindenden Konferenz der „Status of Women Commission“ der Vereinten Nationen wird als Delegierte des deutschen Verbandes berufstätiger Frauen die Richterin am Bundesgerichtshof Karlsruhe, Dr. Gerda Krüger-Nieland, als Beobachterin teilnehmen. Die Konferenz dient zur Vorbereitung der im kommenden Jahr stattfindenden Erörterungen der Frage der Gleichberechtigung der Frau vor der UN-Vollversammlung.

**Keine Revision im Mordprozess Berisch**  
 Karlsruhe (Isw). Der Erste Strafsenat des Bundesgerichtshofes verwarf die Revision des vom Schwurgericht Karlsruhe im Juli vorigen Jahres zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilten 25 Jahre alten Raubmörders Friedrich Ratsch aus Pforzheim als unbegründet. Ratsch hatte zusammen mit einem noch nicht ermittelten Komplizen im November 1948 den Pforzheimer Kohlenhändler Rudolf Berisch im Kontor seines Lagerplatzes mit einer Axt erschlagen und aus dem offenstehenden Geldschrank über 3500 DM geraubt. Der Angeklagte hatte zunächst ein den Tatbergang bis ins einzelne schilderndes Geständnis abgelegt, dies aber später widerrufen und behauptet, er habe nur gestanden, um endlich Ruhe zu haben. Das Schwurgericht hatte ihn jedoch nicht nur auf Grund dieses Geständnisses, sondern auch auf Grund einer lückenlosen Indizienkette als überführt angesehen.

**Haid & Neu arbeitet für Singer**  
 Karlsruhe (Isw). Die Karlsruher Nähmaschinenfabrik AG, vormals Haid & Neu, hat mit der in Amerika ansässigen Singer AG ein Abkommen für eine laufende Produktion von Singer-Nähmaschinen neben der Herstellung des eigenen Fabrikats getroffen. Ein neu errichtetes Werkgebäude, das mit sechs Stockwerken rund 10 000 Quadratmeter Nutzfläche aufweist, wurde dieser Tage in Betrieb genommen.

### Aus der badischen Heimat

**Vierzig Mal Arsen gereicht**  
**Mordversuch an seiner Ehefrau**  
 Mannheim (dpa/Isw). Das Mannheimer Schwurgericht verurteilte den kaufmännischen Angestellten Eugen Sachsenheimer aus Schriesheim wegen Mordversuchs an seiner Frau zu 12 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust. Der Verurteilte hatte vom Herbst 1947 bis November letzten Jahres seiner Frau fortgesetzt Arsen in Speisen und Getränke gemischt, um, wie er vor Gericht sagte, „den Weg zu seiner Geliebten in Heidelberg freizumachen“.

Die heute 41jährige Frau, die mit dem Angeklagten zuvor in einer glücklichen Ehe gelebt hatte, war vom Beginn der GEMordversuche ihres Mannes an von verschiedenen Ärzten 14mal in Heidelberger Kliniken eingewiesen worden. Dort hatte sich ihr Gesundheitszustand meistens überraschend schnell gebessert. Nach der Rückkehr zu ihrem Mann hatten sich aber sofort wieder schwere Krankheitserscheinungen eingestellt. Der behandelnde Arzt in der Universitätsklinik Heidelberg schöpfte schließlich Verdacht und bat das Gerichtsmedizinische Institut um ein Gutachten. Die Untersuchungen förderten verhältnismäßig große Mengen von Arsen zutage. Die Beweisaufnahme ergab, daß der Angeklagte seiner Frau etwa vierzigmal Arsen zugeführt hatte. Während seine Frau erkrankt war, spielte Sachsenheimer den treusorgenden Ehemann und erfüllte der Kranken nach seinen eigenen Angaben jeden Wunsch. Seiner Geliebten in Heidelberg versprach er die Ehe und erzählte ihr, seine Frau sei hoffnungslos erkrankt und werde niemals mehr gesund werden.

In der Verhandlung versuchte Sachsenheimer, sich auf eine Tötung auf Verlangen hinauszureden. Erst gegen Ende der Beweisaufnahme gab er seine Tötungsabsicht zu.

**Wo kommt der Wagen her?**  
 Mannheim (Isw). Die Mannheimer Polizei hat drei US-Soldaten gestellt, die in Käferl eine Taxiwagen abgestellt hatten, bei dem eine Türscheibe eingeschlagen war. Die blauweißen Farbtücher, die den Wagen nach außen hin als Taxe kenntlich machten, waren mit Erde verschmiert. Auch die Militärpolizei konnte bis jetzt nicht klären, ob der Wagen, wie die Soldaten behaupten, gekauft wurde, oder ob die Vermutung der Polizei zutrifft, daß es sich um ein gestohlenen Auto handelt.

**Versuchter Totschlag aus Eifersucht**  
 Mannheim (Isw). Wegen versuchten Totschlags wurde ein 58 Jahre alter Maurer vom Schwurgericht Mannheim zu einem Jahr und drei Monaten Gefängnis verurteilt. Der verheiratete Angeklagte hatte aus Eifersucht eine ledige Kellnerin mit einem Taschenmesser angefallen, weil er sich von ihr verschmäht fühlte. Dem mit großer Wucht geführten Stich hatte die Kellnerin jedoch ausweichen können. Dem Angeklagten wurden trotz seiner 17 Vorstrafen mildernde Umstände zubilligt.

**Versuchter Raubüberfall in Mannheim**  
 Mannheim (Isw). Zwei junge Männer bedrohten in der Benzstraße in Mannheim mit vorgehaltener Pistole eine 35 Jahre alte Frau und versuchten ihr die Einkaufstasche zu entreißen. Da sich im gleichen Augenblick ein Auto näherte, verschwanden die beiden ohne ihr Ziel erreicht zu haben. Auf Grund der Personenbeschreibung konnte die Polizei schon 30 Minuten nach dem versuchten Überfall den Täter und seinen Komplizen am Bahnhof festnehmen.

**Mitgliedliche Vereinsgründung der KPD**  
 Eberbach (Isw). Mehrere Mitglieder der KPD beabsichtigen in Eberbach einen „Arbeitsring der Opfer des Krieges und des Dritten Reiches“ zu gründen. Zur Gründungsversammlung, an der auch das Mitglied des Rats der VVN, Arthur Ketterer, Stuttgart, teilnahm, hatte Hans Eichholz, Mitglied der

Eberbacher Organisation der VVN, eingeladen. Eichholz hatte zu Beginn der „Gründungsversammlung“ mitgeteilt, daß die VVN in allen Teilen Südwestdeutschlands Gruppen des „Arbeitsringes“ gründen wolle. Der Arbeitsring habe sich die Bekämpfung der SRP zum Ziel gesetzt. Der Antrag eines Versammlungsteilnehmers, die Bekämpfung der SRP den hierfür zu schaffenden Arbeitsausschüssen der demokratischen Parteien zu überlassen, wurde von Eichholz als „unannehmbar“ abgelehnt. Hierauf verließen die Versammlungsteilnehmer bis auf drei Angehörige der ehemaligen FDJ, zwei Kommunisten und Ketterer den Saal. Zur Gründung des Arbeitsringes ist es nicht gekommen.

**Voreilig den Tod gesucht**  
 Pforzheim (swk). In Neuenbürg nahm sich eine junge Frau das Leben. Sie hatte kurz zuvor einen Blutsturz erlitten und fürchtete, ihren Angehörigen eines Tages zur Last fallen zu müssen. Nach ärztlicher Urteil war ihr Zustand jedoch keineswegs besorgniserregend.

**Staatssekretariat für Wiederaufbau gefordert**  
 Pforzheim (Isw). Der Pforzheimer SPD-Abgeordnete in der Verfassunggebenden Landesversammlung, Otto Lauer, forderte für das neue südwestdeutsche Bundesland ein Staatssekretariat für Flüchtlingswesen und Wiederaufbau. Für den Wiederaufbau zerstörter Klein- und Mittelbetriebe verlangte Lauer finanzielle Unterstützungen des Landes und des Bundes.

Pforzheim. Unter dem Vorsitz von Stadtbaurat Professor Göderitz (Braunschweig) und Oberbürgermeister Dr. Klett (Stuttgart) tagte in Pforzheim der Bauausschuß des Deutschen Städtetages. (Isw)

Baden-Baden. Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer hat die Schirmherrschaft über das vom 12. bis 14. Juli in Baden-Baden stattfindende internationale Rosenfest übernommen. (Isw)

Offenburg. Bis Mitte Mai sollen etwa 100 Neubauwohnungen für Besatzungsangehörige fertiggestellt sein. Dafür soll eine entsprechende Anzahl beschlagener Wohnungen freigegeben werden. (Isw)

Lahr. In Ichenheim stürzte ein elfjähriger Junge auf der Straße und zog sich eine unbedeutende Verletzung zu. Es entstand Wundstarrkrampf, der innerhalb kurzer Zeit den Tod des Jungen verursachte. (Isw)

Konstanz. In Konstanz moec; eine Verlegung des Hotelverbandes für das Land Baden statt. Es ist dies die erste größere Tagung, die in diesem Jahr in der Bodensee-Stadt abgehalten wird. (Isw)

### Aus den Nachbarländern

**571 000 Pendler in Südwestdeutschland**  
 Die meisten Pendler haben die Kreise Pforzheim und Leonberg

Stuttgart (Isw). Von den im Bundesgebiet bei der Arbeitsstättenzählung im September 1950 ermittelten 2,3 Millionen Pendlern waren allein 571 000 (18 Prozent) im Gebiet des Südwürttemberges ansässig. Während im Bundesdurchschnitt seinerzeit auf 100 Einwohner 6,7 Pendler entfielen, waren es in Südwürttemberg 9. Der Südwürttemberg ragt damit neben Hessen und der Pfalz, die wiederum durch das Einzugsgebiet Mannheim-Ludwigshafen mit dem württemberg-badischen Industrieraum verbunden ist, in der Ausbreitung des Pendelverkehrs weit über die anderen Länder der Bundesrepublik hinaus.

Von den 571 000 südwürttembergischen Pendlern wohnte nach dem Stand vom September 1950 der größte Teil (368 700) in Württemberg-Baden. Auf das Land Baden entfielen 113 200 und auf Württemberg-Hohenzollern 88 900. In der nördlichen Hälfte des Südwürttemberg bilden die Hauptlebensgebiete die Bezirke von Ulm entlang der Industriestraße des Fils- und Neckartals über den Raum um Stuttgart bis Heilbronn und weiterhin von Pforzheim über

Karlsruhe bis Mannheim-Ludwigshafen. In den südlichen Landesteilen kommt der Pendelwanderung infolge der stärker dezentralisierten Industriestruktur ein weniger großes Gewicht zu. So sind, wie das Institut betont, in den industriellen Bezirken Reutlingen, Balingen-Ebingen, Tuttlingen und Lössach die Produktionsstätten in Form von Filialen vielfach den Arbeitskräften bis ins letzte Dorf gefolgt.

Nur sechs Kreise in industriefernen Agrargebieten Südwestdeutschlands haben nach der Zusammenstellung des Instituts für südwestdeutsche Wirtschaftsforschung einen Pendleranteil von weniger als fünf Prozent der Bevölkerung. Die höchsten Quoten weisen mit über 20 Prozent der Landkreis Pforzheim, der mit 24,1 Pendelarbeitern auf 100 Einwohner an der Spitze des gesamten Bundesgebietes steht, und der Kreis Leonberg auf. Es folgen mit einem Pendleranteil von mehr als 15 Prozent die Landkreise Mannheim, Heidelberg, Karlsruhe, Rastatt, Böblingen, Ludwigsburg, Waiblingen, Esslingen und Nürtingen.

**3,8 Millionen für Arbeitsbeschaffung**  
 Durchführung von Notstandsarbeiten

Stuttgart (Isw). Der Bewilligungsausschuß für das Sofortprogramm für Arbeitsbeschaffung der Bundesregierung hat auf Antrag des Arbeitsministeriums und des Landesarbeitsamtes Württemberg-Baden in der vergangenen Woche in Kiel für das Land Württemberg-Baden Bundesmittel in Höhe von 3,8 Millionen DM für die Durchführung von Notstandsarbeiten bewilligt. Von dieser Summe entfallen 2 501 000 DM auf Darlehen für die verstärkte Forderung. Das Land hat dazu noch Darlehen in Höhe von 2 598 000 DM zu gewähren. Damit ist die Gesamtfinanzierung für mehrere Straßenbau- und Wasserversorgungsprojekte gesichert. Bei diesen Arbeiten sollen vorwiegend Empfänger von Arbeitslosenförderungsleistungen aus den Arbeitsamtsbezirken Heidelberg, Mosbach und Tauberbischofsheim beschäftigt werden.

**Deutsch-amerikanische Hochschulkonferenz**  
 Stuttgart (ZSH). Auf der Solitude fand eine Konferenz von deutschen und amerikanischen Erziehern statt, an der mehr als 30 Vertreter der süddeutschen Universitäten und der amerikanischen Hohen Kommission teilnahmen, wobei Fragen der Hochschulziehung, insbesondere den Fortschritt und Möglichkeiten auf dem Gebiete des „studium generale“ erörtert wurden.

**Holz nicht mehr Brennmaterial**  
 Leonberg (Isw). Gegen die Verwendung von Holz als Brennmaterial im bisherigen Umfang wandte sich der Geschäftsführer des Württemberg-Badischen Waldbesitzerverbandes, Dr. Laiblin, in einer Bürgermeisterversammlung in Leonberg. Laiblin sagte, Holz sei heute ein rarer und volkswirtschaftlich wertvoller Rohstoff geworden. Seine Verwendung zur Herstellung von Zellulose erbringe den zwanzigfachen und seine Verwertung bei der neuzeitlichen Stumpfabrikation sogar den hundertfachen Gewinn gegenüber der Verwertung als Brennholz. Dr. Laiblin setzte sich ferner für die Freigabe des Holzpreises ein. Zur Zeit gehe ein großer Teil des Holzes aus Württemberg-Baden außer Landes. Es wandere in der Hauptsache nach Norddeutschland und werde dort vom Handel zu Überpreisen verkauft.

**Mannheimer Schlachtviehmarkt vom 24. März**

Auftrieb: Großvieh 347, Kälber 413, Schafe 10, Schweine 1567, Ziegen 1, Ochsen A 106-118, B 94 bis 106; Bullen A 107-114, B 98-105; Kühe A 83 bis 94, B 79-82, C 68-75, D bis 65; Ferkeln A 112 bis 123, B 104-110; Kälber A 145-153, B 132-142, C 112-125, D bis 100; Schweine A 123-127, B 112-127, C 125-127, D 125-125, E 110-112, G 111-118, G 2 98-106. Marktergebnis: Großvieh mittel, ausverkauft; Kälber mittel, ausverkauft, ausgesuchte norddeutsche Kälber teurer; Schweine schleppend, Überstand. — Ferkelmarkt: 156 Ferkel, 5 Läufer; über 5 Wochen 48-79, Läufer 90-115. Marktverlauf: Langsam, kleiner Überstand.

BOLAND BERTSCH  
**NARREN im Schnee**

16 Der Akrobat steht bei Sepp im kleinen Büro und redet sprudelnd auf ihn ein. „Um alles in der Welt müssen wir verhindern, daß Fräulein Dorothee in den Tannenhof hinaufzieht“, erklärt Pinkenkötter. „Merkt ihr denn nicht, wie wichtig sie ist? Ein Renommiergast ist sie, wie er besser nicht gedacht werden kann. Dein Hotel steigt im Wert, Sepp. Du mußt sofort — —“ „Spuck mir doch nicht immerfort ins Gesicht! Im Wert? Wieso denn? Gibst du eine Hypothek auf Dorothee?“ „Der Renommiergast lockt andere Gäste, dein antiquarischer Laden füllt sich mit Menschen, gutgehendes Geschäft wird vorgeschaut, und wenn dein Agent den Kauflehaber bringt, dann findet er hier keinen Friedhof vor, sondern ein Haus, worin die Dividenden aus allen Schlüssellochern duften. Siehst du das am Ende nicht ein?“ „Schon, schon; aber es ist — —“ „Kein Aber, zum Henker mit deinem Aber, du Konfirmand! Du mußt dieses von Gott gesandte Wesen mindestens so lange hier festhalten, bis der Interessent zur Stelle ist. Und wenn er kommt, dann mußt hier ein richtiger Rummel veranstaltet werden, daß alle Wände wackeln.“ „Wie soll ich denn das anfangen? Ich kann doch keine Gäste herbeihexen.“ „Du Schlafmittel nicht, aber Dorothee mit den Schrankkoffern wird sie herbeihexen.“ „Meinst du?“ „Sepp Notnagel macht ein Gesicht, als könne er der Sache nicht recht trauen. Er zieht den Kopf ins Gesicht und kratzt sich im Bart.“ „Meinst du, ich soll mir den Bart schneiden lassen?“

„Wenigstens laß ihn dir zurechtstutzen. Und wenn du mit deinen Gästen redest, dann bohre nicht mit einem Streiholz in den Zähnen rum. Verstanden?“ „Ja, ja, schon recht. Aber da gefällt mir was nicht recht; da ist noch eine Sache — —“ „Was denn? Heraus damit!“ „Ich — — ich darf's nicht sagen.“ „Mir darfst du alles sagen. Ich bin sozusagen dein Geschäftsführer, dein kaufmännischer Beichtvater.“ „Das Fräulein Dorothee hat gesagt, — hat gesagt — —“ „Was denn zum Donner?“ „Hat gesagt, daß ich keinem Menschen hier verraten darf, wie sie heißt!“ „Das hat sie gesagt?“ „Ja, das hat sie gesagt.“ „Nanu?“ „Pinkenkötter führt den Finger an die Nase. Pinkenkötter grübelt. Der Finger kommt gar nicht mehr weg von der Nase.“ „Das hat sie also gesagt?! Wirklich komisch. Interessanter Fall. Gibt zu denken. Sache wird immer großartiger. Am Ende eine heimliche Fürstin. Oder sonst ein hohes Tierchen, das inkognito reist. Faabelhaft!“ „Wieso faabelhaft?“ „Die Sensation wird hundertprozentig. Sag mal, weißt denn du, wie sie heißt?“ „Ja.“ „Woher weißt du es denn?“ „Sie hat doch den Fremdenzettel ausfüllen müssen.“ „Aha! Und wie heißt sie?“ „Ich darf's nicht sagen.“ „Heraus mit dem Namen, oder ich hau dir eins vor den Krakenkopf!“ „Sepp kramt in der inneren Rocktasche und zieht einen polizeilichen Meldzettel hervor. Wie er dasteht, dieser ausgekochte, mißtrauische Fuchs!“ „Ich habe den Zettel bei mir, damit niemand nach ihrem Namen schnüffeln kann. Da

lies, aber gib mir deine Hand, daß du die Schnauze hältst.“ „Hier meine Hand! Zeig her!“ „Sepp stümpft mit dem dicken Zeigefinger auf den Namen.“ „Hier lies: Nobody. Dorothee Nobody.“ Der Akrobat schaut Sepp eine Welle grinse an und stößt ihm dann den Zeigefinger vor die Stirn. „Weißt du denn nicht, was Nobody heißt?“ „Keinen Dunst.“ „Nobody ist englisch und heißt Niemand. Da bist du mal schön heringefallen. Fräulein Niemand, Fräulein Dorothee Niemand.“ „Zum Teufel, was soll das heißen?“ „Das soll heißen, das Fräulein Dorothee aus irgendwelchen Gründen nicht wünscht, daß man ihren Namen weiß. Wirklich höchst interessant. Ein Geheimnis ist um Dorothee.“ „Was für ein Geheimnis denn?“ „Das kann ich vorläufig nicht riechen.“ „Am Ende etwas Kriminelles?“ „Das glaube ich weniger; dafür ist mir Dorothee viel zu unbekümmert.“ „Was denn sonst?“ „Geheimnis, Sepp, Geheimnis!“ „Ausgerechnet, wenn einmal ein zahlkräftiger Gast zu mir in die Bude schneit, bringt er ein Geheimnis mit.“ „Danke Gott.“ „Ohne Geheimnis wäre mir das Fräulein Dorothee Heber.“ „Weil du keinen Geschäftsgeist hast.“ „Am Ende kriegen wir noch die Polizei ins Haus.“ „Wäre nicht das Schlimmste, du Hasenpote. Und jetzt gehe bitte hinaus in deinen Ausschank; ich höre Gäste rumoren.“ „Gäste? Jetzt, mittags um vier Uhr?“ „Kaffeegäste.“ „Im Lokal sind wirklich Gäste eingekehrt. Nämlich der ganze Skikurs vom Tannenhof bockt da und vollführt einen tobenden Lärm. Sie wollen Kaffee und Kuchen. Mutter Vreni

und Rosa müssen nur so rennen, um alles zu bewältigen.“ „Mein Kuchen reicht nicht aus“, jammert Vreni. „Was mache ich bloß?“ „Gehe in die Küche und backe noch einen!“ meint Sepp. „Ich kann doch in zehn Minuten keine Konditorei eröffnen.“ „Hast du keinen Kellerkuchen mehr?“ „Richtig, doch! Richtig. Ich habe noch einen Kellerkuchen. Rosa, in den Keller! In der großen Blechbüchse ist noch ein Teekuchen.“ Der Kellerkuchen ist eine besondere Spezialität. Man bäckt ihn, und dann muß er erst mal zwei bis drei Wochen im Keller liegen, bevor man ihn anschnidet. Hält sich monatelang. Praktisches Gebick, Dauerangelegenheit. Wenn bei der Hochzeit ein Kellerkuchen übrigbleibt, läßt er sich bei der Kindstaufe verwenden. Das Völkchen vollführt einen heillosen Spektakel. „Sepp macht Verbeugungen und kann es nicht begreifen, daß der Skikurs vom Tannenhof hier bei ihm Kaffee trinkt. Das ist doch seit Jahr und Tag nicht mehr vorgekommen.“ „Ich habe mir gedacht“, sagt Valentino und schaut sich suchend im Raum um, „hab' mir gedacht, muß auch mal wieder mit deinem Kurs im Gipfelblick einkehren. Sportkameradschaft, Sepp, hab' ich recht?“ „Danke sehr, danke!“ Sepp macht schon wieder einen Bückling und zählt mit einem Seitenblick die servierten Zuckerstückchen. „Jawohl, in der Tat!“ fällt der farbige Kurt Göckler ein, „und wir finden es hier ganz großartig. Wir kommen öfter. Wir kommen jeden Tag, jawohl. Nicht dran zu wackeln.“ Er klemmt eine Scherbe ins Auge. Ach Gott, er ist ein Kindskopf, man muß lachen über ihn. (Fortsetzung folgt)

# LAND GARTEN

## Jetzt können wir noch Spargel pflanzen

Wichtige Arbeiten und Aussaaten

Für viele Kulturen ist die Märzsaat am günstigsten. Konnte diese aus irgendeinem Grunde nicht ausgeführt werden, so holen wir sie jetzt nach. Es handelt sich um Puffbohnen, Erbsen, Mohrrüben, Pastinake, Schwarzwurzel, Salat, Zwiebeln, Petersilie, Radieschen, Porree, Spinat, Melde, Mangold.

Im April beginnen wir mit dem Auspflanzen verschiedener Gemüse. Es sind nur immer so viele Beete vorzubereiten, wie gebraucht werden. Das Anzuchtbeet ist vor Bepflanzen gut durchzufechten, Pflanzlöcher sollen eingeschlämmt werden.

Salat wird in den ersten Tagen des Monats ins Freiland ausgepflanzt. Je nach Sorte und Bodengüte wählen wir Abstände von 15 bis 20 Zentimeter. Günstig für die Entwicklung der Pflanzen und die Kopfbildung ist es, wenn wir flach pflanzen, also die Keimblätter noch über den Boden kommen. Mitte April pflanzen wir zum letztenmal nach, später wird direkt auf die Beete gesät.

Jetzt können wir noch Spargel pflanzen; allgemein werden einjährige Pflänzchen bevorzugt. Es trifft nicht zu, daß zweijährige eine vorteilhaftere Ernte bringen. Hier hat man meist Ausfall, so daß zusätzliche Arbeit entsteht.

In der ersten Aprilhälfte legen wir Frühkartoffeln. Die Pflanztiefe beträgt 5 Zentimeter bei schwerem Boden, bei leichteren Böden bis zu 8 Zentimeter. Man rechnet 30 bis 40 Zentimeter Abstand. Vorgekeimte Kartoffeln sind vorsichtig mit Erde zu bedecken, damit kein Keim abbricht.

Nach dem 15. April wird Frühblumenkohl und Kopfkohl gepflanzt. Vom letzteren kommt der Rotkohl zuerst an die Reihe, da er die längste Entwicklungszeit braucht. Einige Tage danach pflanzen wir Weißkohl, etwas später Wirsing, der am frühesten in der Küche zu verwenden ist. Ist mit dem Auftreten der Kohlhernie zu rechnen, so sollten unmittelbar vor dem Setzen die Wurzeln der Pflänzchen in einen Lehmbrei getaucht werden, dem ein Beizmittel zugesetzt ist. — Die ersten Kohlrabi wurden bereits im Herbst gepflanzt. Je nach Bedarf können wir erneut Aussaaten vornehmen.

Ende des Monats pflanzen wir Porree in 15 Zentimeter tiefe Rillen, damit wir später schöne lange gebleichte Stangen erhalten. Reihenabstand nicht unter 30 Zentimeter; in den Reihen setzen wir die Sämlinge auf 15 Zentimeter Entfernung. Die Rillen werden nach und nach eingeebnet. Dann wird im Laufe des Sommers dreimal gehäufelt.

Folgende Aussaaten direkt auf die Beete werden vorgenommen:

Porree kann nicht nur gepflanzt, sondern auch in Rillen gesät werden. Auch hier sollten 15 Zentimeter tiefe Rillen gezogen werden, worin wir ganz dünn den Samen streuen. Bei Mischsaat mit Mohrrüben muß man allerdings auf die Rillen verzichten. Dieser Porree ist dann nur als Suppengrün zu verwenden. Wer aber auf Mischkultur Wert legt, sät Porree und Karotten in abwechselnden Reihen. Porree ist winterhart.

Sojabohnen und Markerbsen legen wir in der ersten Aprilhälfte. Erbsen erfordern eine Saattiefe von 6 Zentimeter. Auf ein 1,20 Meter breites Beet kommen 5 Reihen Buscherbsen, 3 Reihen mittelhohes oder 2 Reihen hohe Reiserbsen. Hohe Sorten geben Riesenschoten und bedeuten keinen Nachteil gegenüber den 5 Reihen Buscherbsen. In warmen Lagen können Ende April schon Buschbohnen gelegt werden, sonst nicht vor dem 10. Mai. Die Reihen haben bei frühen Sorten 30, bei späten 40 Zentimeter Abstand. In den Reihen legen wir alle 30 bis 40 Zentimeter je 4 Bohnen 2 Zentimeter tief in kleinen Horsten. Diese Aussaat ist empfehlenswerter als die Reihensaart, bei der alle 4 Zentimeter eine Bohne gelegt wird. Man beachte, daß der Nabel nach unten zu liegen kommt.

Mitte April säen wir Mangold zur Stengelgewinnung. Wer daran keinen Gefallen findet, kann die Blätter auch als Spinat verwenden. Mangold gestattet mehrere Ernten. Auf ein 1,20 Meter breites Beet kommen 2 bis 3 Reihen. Wir lichten bei Blattgewinnung auf 10 Zentimeter, bei Stengelverwendung bis 30 Zentimeter aus. Die vorgesehenen Pflänzchen werden wie Spinat vorbereitet. Mangold übersteht den Winter.

Ende des Monats werden auch Rote Beete gesät. Bei 30 Zentimeter Reihenabstand kommen auf 10 Zentimeter je 2 bis 3 Samen. Später wird ausgedünnt; ausgezogene Pflänzchen können an anderer Stelle gepflanzt werden.

Je nach Bedarf und Platz werden Folgeaussaaten von Salat und Radies vorgenommen.

Ein Stückchen Land sehen wir als Saatbeet vor. Es muß eine geschützte sonnige Lage haben. Der Boden wird reichlich mit Kompost-erde verbessert. Wir düngen am besten mit Volldünger, der flach eingehackt wird. Mit 10 Zentimeter Reihenabstand säen wir in den ersten 10 Tagen Rosenkohl, Rotkohl und Kohlrabi, eine Woche später Weißkohl und Blumenkohl. Es genügt, wenn wir Ende des Monats Wirsing aussäen.

Auch unser Kräuterbeet wird jetzt eingerichtet. Wir säen Bohnenkraut, Borretsch, Dill, Fenchel, Kamille und pflanzen Pfefferminze, Estragon, Salbei, Lavendel, Zitronenmelisse, Liebstöckel, Johanniskraut und Tausendgüldenkraut. Einige Zehen Knoblauch sollten nicht fehlen. Schnittlauch wird geteilt und ausgepflanzt; er ist danach kurz zu schneiden. Anfang April beginnen wir mit der Vorkultur von Majoran und Basilikum im halbwarmen Frühbeetkasten.

Wer Tomaten, Sellerie usw. in Handkästen ausgesät hat, pikiere jetzt die Sämlinge ins

Frühbeet in gegenseitigen Abständen von 7 bis 5 Zentimeter. Mitte April beginnen wir mit der Vorkultur von Gurken und Kürbis. Wir legen die gekeimten Samen in mit guter Komposterde gefüllte Papptöpfe und decken flach zu. Die Töpfe stellen wir dicht beieinander ins Frühbeet, halten zunächst mäßig feucht. Nach dem Auflaufen ist häufig zu lüften.

Mit der Bestellung der Beete beginnen allerlei Pflegearbeiten. Wässern erfolgt bei Bedarf im April stets am Vormittag, da der Boden sich sonst zur Nacht zu stark abkühlt. Zum Gießen sollte nur abgestandenes Wasser verwendet werden. Die Beete sind unkrautfrei und locker zu halten. Dies erreicht man entweder durch häufiges Hacken oder, was arbeitssparend ist, durch eine stärkere Bedeckung des Bodens mit Torf, Stroh, Heu, Schleierplatten usw.: Teerpappe ist aber ungeeignet, sie wirkt hemmend auf das Wachstum. Hackarbeiten führt man am vorteilhaftesten nach einem Regen bei Sonnenschein aus, da das Unkraut dann schnell welkt und vertrocknet und weniger Bodenfeuchtigkeit verdunstet.

Alle Gemüsebeete sollten vor der Bestellung noch etwas Kunstdünger erhalten. Von der Gesamtmenge, die jede Kultur vom Keimling bis zur Ernte braucht, geben wir jetzt etwa ein Drittel der Menge an leichtlöslichem Dünger, den Rest in 2 bis 3 Gaben später. Der Gesamtbedarf für die Wachstumszeit beträgt je Quadratmeter durchschnittlich 10 g reines Stickstoff, 18 g reine Phosphorsäure und 25 g reines Kali. Unsere Düngemittel erhalten nun aber bloß ein Fünftel (20%) oder ein Drittel (33%) usw. des reinen Nährstoffes, so daß wir von dem Düngesatz die 5- bzw. 3fache Menge benötigen. Volldünger, der obiges Verhältnis aufweist (etwa 1:2:3), ist für den Kleingärtner am geeignetsten.

Mancherlei Pflanzenschutzmaßnahmen sind durchzuführen. Schon rechtzeitig im April wollen wir uns um den Spargel kümmern. Spargelrost sowie Spargelkäfer und Spargelhähnchen vermindern die Laubmasse, so daß sich die Pflanzen nicht richtig entwickeln können. Die Käfer klopfen wir ab, gegen die Larven spritzen wir mit einer C-B-H-Emulsion, gegen Rost mit Kupferkalkmitteln.

Puffbohnen spritzen wir in der zweiten Aprilhälfte mit Nikotinpräparaten, damit sich die Mohlblattlaus nicht ausbreitet. — Frühzeitig kontrollieren wir die Kartoffelstauden auf die 1 Zentimeter langen Koloradokäfer. Jeder festgestellte Befall ist sofort der Polizei und dem Pflanzenschutzamt zu melden. Die Käfer kommen im Frühjahr, wenn die Kartoffeln Blätter zeigen, aus dem Boden und legen an die Blattunterseite aufrechtstehende orangefarbene Eier, je Weibchen etwa 30 Gelege zu je 30 Stück. Schon nach 10 Tagen entschlüpfen die rötlichen Larven, die gierig an den Blättern fressen und schon nach drei Wochen ausgewachsen sind (Länge dann 1,5 cm) und nun orangefarben aussehen. Der Käfer hat 10 schwarze Längsstreifen auf den hellgelben Flügeldecken und 12 schwarze Flecke auf dem rötlichen Brustschild. Bekämpft werden die Schädlinge durch Absammeln, Spritzen und Stäuben.

## Dreißig Jahre Lanz-Bulldog

Er wurde für landwirtschaftliche Zwecke geschaffen

Vor einigen Monaten waren es 30 Jahre, daß die Firma Lanz in Mannheim den ersten Schlepper in den Handel brachte. Aus diesem Grunde lohnt es sich, einmal kurz auf die Bauweise einzugehen. Der 12 PS Lanz-Bulldog war der erste Robölmotor-Schlepper der Welt. „Wie eine Bulldogge sieht er aus“ sollen die Arbeiter damals beim Anblick der ersten Maschine geäußert haben. Daraus entwickelte sich der Name „Bulldog“, der ein Gattungsbegriff für den Schlepper mit Glühkopfmotor geworden ist. In diesen 30 Jahren sind zwar erhebliche Fortschritte in der konstruktiven Entwicklung erzielt worden, doch das Grundprinzip, d. h. die Anwendung des Glühkopfmotors als Antriebsmaschine des Schleppers, ist geblieben.

Wie es der Grundeinstellung der Lanz-Werke, schon zu damaliger Zeit eine reine Landmaschinenfabrik, entspricht, wurde der Bulldog für landwirtschaftliche Zwecke geschaffen.

Um den Ansprüchen der Landwirtschaft nach einer robusten, zuverlässigen, verschleißfesten Maschine zu entsprechen, die dem unerfahrensten Fahrer sozusagen in die Hand wächst, entschloß man sich, das Glühkopfmotor

## Helft den Schwalben beim Nesterbau!

Der Bestand dieser Vögel ging stark zurück

In einigen ländlichen Gebieten kann man beobachten, daß die Bevölkerung besonders die Nester der Mehlschwalben, die ihre Nester außen an die Häuser bauen, mit der Begründung vernichtet, daß die Schwalbennester von Bettwanzen befallen seien und demnach die Schwalben für die Weiterverbreitung der Bettwanzen verantwortlich wären. Die angestellten Untersuchungen haben ergeben, daß die in den Schwalbennestern nicht selten gefundene Wanzenart wohl große Ähnlichkeit mit der Bettwanze hat, es aber erwiesen ist, daß die Schwalbennester nur in den seltensten Fällen in menschliche Wohnungen eindringt und selbst bei Aufnahme von Menschenblut nicht zur Eiablage kommt. Als Ergebnis der an verschiedenen Stellen durchgeführten Untersuchungen muß gesagt werden, daß weder die Mehl- noch die Rostschwalbe für die Verbreitung der Bettwanze in Frage kommt.

Die Mehlschwalbe und vor allem ihre Jungen werden häufig durch die Stiche der Schwalbennester stark belästigt. Da diese Wanzen in den Schwalbennestern meist über-

wintern, wäre es zu empfehlen, die alten Nester im Herbst zu beseitigen. In diesem Falle ist es natürlich notwendig, den Schwalben beim Bau ihrer Nester im Frühjahr dadurch zu helfen, daß man für die Unterhaltung einer Wasserpflanze Sorge trägt, da es den Schwalben oft Schwierigkeiten bereitet, in den gepflasterten und kanalisiertem Dorfstraßen das notwendige Baumaterial zu finden.

Es ist wohl müßig in diesem Zusammenhang auf die Nützlichkeit der Schwalben hinzuweisen, denn es ist ja zur Genüge bekannt, daß sich die Schwalben fast ausschließlich von schädlichen Kerbtieren der verschiedensten Art ernähren und bei schlechtem Wetter auch sitzende Insekten, Spinnen usw. von den Wänden ablesen.

Bedauerlicherweise hat der Schwalbenbestand in den letzten Jahren sehr stark abgenommen, und es wäre zu begrüßen, wenn durch einen verstärkten Schutz wenigstens ein weiteres Zurückgehen verhindert würde.

## Die Sojabohne ist sehr wärmebedürftig

Sie gedeiht auch in Deutschland

Für den Anbau der Sojabohne, der wohl nährstoffreichsten Pflanze an Eiweiß und Fett, ist eine verstärkte Propaganda nötig, zumal man jetzt dank intensiver langjähriger Arbeit der Saatzüchter Sorten gewonnen hat, die unter den gegebenen klimatischen Bedingungen in Deutschland volle Reife erlangen. Das Universitätslehrgut Dornburg beschäftigt sich seit etwa 20 Jahren mit der Anzucht von Sojabohnensorten, die sich den deutschen Verhältnissen mehr und mehr anpassen.

Den hohen Nährwert der Sojabohne möge man an folgenden Zahlen erkennen: 1 kg Sojabohnenmehl enthält durchschnittlich 415 g (41,5%) Rohprotein, 203 g (20,3%) Fett, 202,4 g (20,24%) Kohlehydrate, 60 g (6%) mineralische Stoffe, 18 g (1,8%) Lecithin einschließlich Vitamine und 101,6 g (10,16%) Wasser. Somit entspricht ein kg Sojabohnenmehl ein Eiweiß- und Fettgehalt dem Wert von 54 Hühneriern oder von 5 Pfd. Rindfleisch.

Das Mutterland der Sojabohne ist China. Eine chinesische Urkunde aus dem Jahre 2838 vor Christi Geburt „Ben Tsao Gan Mu“ erwähnt sie bereits, und der Kaiser Shen Nung (2837—2705 v. Chr.) ließ die „Wunderbohne“ als Kulturpflanze planmäßig anbauen. Einige Forscher sind der Ansicht, daß die Lebenskraft Chinas auf den gesunden und hohen Nährwert der Sojabohne zurückzuführen sei. Von China verbreitete sie sich über die Mandchurie nach Korea, Japan und Indochina; später über Vorderindien, Ceylon, Palästina nach Nordafrika.

Nun zur Kultur: Die Samen legt man in 50 Zentimeter voneinander entfernten Saatreihen einzeln in Abständen von 10 cm aus, und zwar in der zweiten Aprilhälfte. Vorher

muß der Samen geimpft werden. Man spritzt die Impffähigkeit z. B. Radies über ein Häufchen von Samen und rührt es mit der Hand durch. Die Sojabohne stellt keine großen Ansprüche an den Boden. Um jedoch hohe Ernteerträge zu erzielen, wählt man humusreichen und mittelschweren Boden an einem geschützten und sonnigen Platz des Gartens. Die Samen sollen 2 bis 4 cm tief in die Erde kommen. Nach ca. 12 Tagen geht die Saat auf. Die Weiterentwicklung vollzieht sich sehr langsam. Anfang Juli hat jede Pflanze je nach den jeweiligen Bedingungen eine Höhe von 50 bis 80 cm erreicht. Es muß immer fleißig gehackt und das Unkraut entfernt werden. Die verhältnismäßig kleinen weißen oder violetten Blüten erscheinen versteckt in den Blattwinkeln der großen Blätter. Bald darauf erfolgt der Hülsenansatz. An einem Fruchtstand sind dann meist 3 bis 4 Hülsen zu finden. Mitte September, also nach 150 Tagen Vegetationszeit, werden die Blätter welk und fallen ab. Sie zeigen das Reifen und Hartwerden der Körner an. Sind alle Blätter abgefallen, so schneidet man die Pflanzen dicht über dem Erdboden ab und hängt sie gebündelt an einem trockenen Ort zum Nachreifen auf. Die Wurzeln bleiben im Boden und düngen ihn mit Stickstoff. Die später entthülsten Bohnen bewahrt man in hängenden Beuteln auf oder läßt die Samen zu Mehl vermahlen.

Da die Sojabohne sehr wärmebedürftig ist, können wenig warme August- und Septemberwochen mit reichlich Regen die Ernteerträge stark herabmindern. In warmen Sommern werden jedoch die Sojapflanzen bereits bei ca. 140 Tagen Vegetationsdauer erntereif, die Blätter fallen ab und die Hülsen werden braun. Wer die Ausgabe für Papptöpfe nicht scheut oder genügend Blumentöpfe zur Verfügung hat, sollte mit einer sehr frühen Topfkultur beginnen und die Pflanzen dann nach dem 15. Mai, wenn keine Nachfröste mehr zu erwarten sind, an einer recht geschützten und sonnigen Gartenstelle auspflanzen. Dann ist man vor jedem Mißerfolg geschützt und erntet 4 Wochen früher, also Mitte August! Das meist warme und trockene Wetter gewährleistet eine gute Ernte.

## Erhöhte Umsatzsteuer

für Fleischverkauf durch Landwirte

In den letzten Monaten ist es vielfach vorgekommen, daß Landwirte ein Stück Vieh schlachten und dann das Fleisch verkaufen. Um sich bei diesem Direktverkauf vor Unsicherheiten, die von seiten des Finanzamtes zu erwarten sind, zu schützen, wird auf folgendes hingewiesen:

Wenn Landwirte, die für den Verkauf von lebendem Vieh nur den ermäßigten Umsatzsteuersatz für landwirtschaftliche Erzeugnisse in Höhe von 1,5 Prozent zu bezahlen haben, ihr Vieh schlachten lassen und dann das Fleisch verkaufen, dann unterliegt die Fleischlieferung nicht dem ermäßigten Steuersatz des § 7 Abs. 2 Ziffer 2a UStG 1951 von 1,5 Prozent, sondern dann ist für diese Fleischlieferung der allgemeine Steuersatz von 4 Prozent zu entrichten. Die Schlachtung von Vieh fällt in den Bereich des Fleischereigewerbes und nicht in den Bereich der Landwirtschaft. Eine Ausnahme bilden Schlachtungen für den Eigenverbrauch und Notschlachtungen, für die nur jeweils 1,5 Prozent Umsatzsteuer zu bezahlen sind.

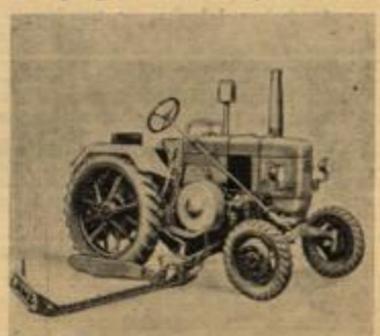
## Schweinefütterung mit Molke

Sie muß für sich gefüttert werden

Die Molke ist ein nicht zu unterschätzendes Futtermittel für die Schweine. Ersetzen doch: 4 Liter Molke 1 Liter Magermilch, 6 Liter Molke 100 Gramm Fischmehl und 12 Liter Molke 1 kg Schrot.

Das Beste ist es, wenn die Schweine allmählich so an die Molke gewöhnt werden, daß sie täglich nur 1 kg Getreideschrot brauchen und dazu Molke soviel, wie sie nur aufnehmen können. Die Molke muß aber für sich gefüttert werden und es darf nur soviel Molke dem Getreideschrot zugegeben werden, daß es krümelt. Eine Beigabe von 50 Gramm Holzkohle je Kopf und Tag ist jedoch bei dieser Zusammensetzung nicht zu vergessen.

Prinzip zu übernehmen. Die Erfahrung lehrt, daß dieser Entschluß segensvoll war, zumal alle nur irgendwie denkbaren Kraftstoffe für den Bulldog-Motor verwendet werden können. Gleichgültig, ob es sich um Spiritus, Benzin,

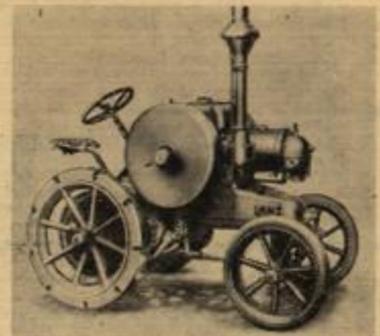


16 PS Lanz Allzweck-Bauern-Bulldog mit Anbau-Mähbalken in Arbeitsstellung

Gasöl, schweres Heizöl oder Steinkohlenteeröl handelt. Ja selbst mit tierischen und pflanzlichen Ölen kann er gefahren werden, so z. B. im hohen Norden mit Fischtran oder in Afrika mit Erdnußöl. Und gerade diese Eigenschaften hat ihn auch im Ausland so beliebt gemacht.

Der Motor des Bulldog-Schleppers ist eine Zweitakt-Einzyylinder-Maschine, sie verdichtet niedrig und läuft verhältnismäßig langsam (850 Umdrehungen in der Minute). Der Motor ist sehr einfach, es gibt nur 1 Zylinder, 1 Kolben, 1 Pleuelstange und keine Ventile. Aus dieser mäßigen Drehzahl und der Einfachheit im Aufbau ergeben sich der geringe Verschleiß und die geringen Reparaturkosten.

Der Lanz-Bulldog wird heute in folgenden Typen gebaut: Als Allzweck-Bulldog von 16/20 PS und 25 PS Leistung, dann die schweren Maschinen mit 35 und 45 PS und der „Allzweck-Bauern-Bulldog“ von 16 PS für den kleineren und mittleren Betrieb.



Erster Robölschlepper der Welt. — 12 PS Lanz-Bulldog aus dem Jahre 1921